ISSN 1022 – 2448

Genossenschaft Zeit-Fragen
Redaktion und Verlag
Postfach, CH-8044 Zürich
Telefon: +41 44 350 65 50
Telefax: +41 44 350 65 51
redaktion@zeit-fragen.ch;
abo@zeit-fragen.ch; www.zeit-fragen.ch

ZKZ 59600 PVSt, Deutsche Post

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

18. Mai 2021
29. Jahrgang
Nr. 11

AZA
8044 Zürich
POST CH AG

Plutokratie oder Demokratie?

Was die Eidgenössische Volksinitiative «Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr» zu dieser Frage beitragen möchte

Interview mit Prof. Dr. Marc Chesney

Zeit-Fragen: Herr Professor Chesney, was hat den Anstoss gegeben, eine Volksinitiative für eine völlig neue Form der Besteuerung zu lancieren? In der Regel zielen Volksinitiativen ja auf eine Verbesserung unbefriedigender Regelungen hin. Welche Missstände oder Mängel möchten Sie mit der Mikrosteuer beheben?
Marc Chesney: Das Steuersystem ist komplex und archaisch. In Zeiten der Digitalisierung der Wirtschaft ist es kontraproduktiv, die Arbeit und den Konsum so stark wie bisher zu besteuern.

Ausserdem ist es ein wichtiges Ziel der Mikrosteuer-Initiative, Sand ins Getriebe der Finanzkasino-Wirtschaft zu streuen. Seit etwa 30 Jahren ist das Volumen von elektronischen Transaktionen riesig. Es entspricht ca. 150mal dem BIP der Schweiz. Es ist einfach überdimensioniert für die Gesellschaft. Die entsprechenden Kosten (Kommissionen oder Gebühren) erschöpfen die Ökonomie und erlauben einer ganz kleinen Minderheit, davon zu profitieren.

Das Initiativkomitee weist in seinen Texten auf die Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hin, den es als das «zentrale Nervensystem der Real- und der Finanzwirtschaft» bezeichnet, und knüpft hier an. Bisher wurde ja in erster Linie der einzelne Mensch für seine Arbeit – jedenfalls die bezahlte Arbeitsleistung – besteuert. Neu soll der Zahlungsverkehr besteuert werden. Worin sehen Sie die Vorteile dieser Form der Besteuerung?
Zu oft zerstört die Digitalisierung der Wirtschaft Arbeitsstellen und Menschenarbeit im allgemeinen, anstatt Freizeit und höhere Löhne, wie es in einer gut organisierten Gesellschaft der Fall sein sollte, zu erzeugen. Nicht alle können Informatiker werden! Um den Trend in Richtung Unterbeschäftigung und Prekariat zu mildern, sollten die elektronischen Transaktionen anstelle der Arbeit besteuert werden.

An der Medienkonferenz vom März letzten Jahres (auf der Homepage des Initiativkomitees) wurde gesagt, die Mikrosteuer bringe Transparenz in den Zahlungsverkehr und stärke die Schweiz als souveränes Land. Könnten Sie das etwas erläutern?
Der Zahlungsverkehr ist undurchsichtig. Nicht alle Daten sind verfügbar. Zum Beispiel Intrabank-Transaktionen, d. h. innerhalb einer Bank, Transfers zwischen der Nationalbank und den kommerziellen Banken, Transaktionen, die in Verbindung mit Derivaten oder Krypto-Währungen stehen usw., sind entweder unbekannt oder nur lückenhaft bekannt.

Da der Steuerzahler für die Risiken von Grossbanken haftet, sollte er zumindest wissen, wie gross dieses überdimensionierte Volumen ist, und seine inhärenten Gefahren verstehen.

Im Zeitalter der Digitalisierung ist das Thema Überwachung und Kontrolle von grosser Bedeutung. Was sagen Sie dazu? Birgt die Steuer nicht die Gefahr, die Abschaffung des Bargeldes – für viele eine entsprechend gefährliche Entwicklung – voranzutreiben?
Nein, die Mikrosteuer birgt nicht die Gefahr, die Abschaffung des Bargeldes voranzutreiben. Seit langem werden unsere Löhne nicht mehr in Bargeld bezahlt. Um Bargeld zu schaffen, muss man zuerst an einen Bankomat gehen. Und sobald zum Beispiel 100 Franken bezogen werden, werden 10 Rappen als Mikrosteuer erhoben, und davon bleiben vielleicht 1 oder 2 Rappen für die Bank. Erst dann, wenn man einen fälligen Betrag bar bezahlt, wird dieser nicht besteuert.

Der Text der Medienkonferenz weist auch auf die Tatsache hin, dass der Schweizer Zahlungsverkehr – obwohl für Bürger, Unternehmer und Staat lebensnotwendig und zentral – derzeit an private Unternehmen delegiert ist – zunächst an die private SIX Payment Services AG, die seit Ende 2018 der französischen Firma Wordline gehört, wobei die SIX Group AG 27 % der Aktien an Worldline erhielt. Der Text weist zudem darauf hin, dass die Privatisierung des öffentlichen Gutes Zahlungsverkehr die Gefahr berge, dass der «heute noch weitgehend souveräne Staat Schweiz und sein Finanzwesen überrollt» werden könnten. Könnten Sie das etwas genauer erläutern? Inwiefern könnte die Mikrosteuer-Initiative hier helfen?

Fortsetzung auf Seite 2

(Bild zvg)

Marc Chesney studierte Mathematik an der Université de Paris, erwarb dort einen Master in Angewandter Mathematik (1983) und einen weiteren in Ökonometrie (1984). 1986 erwarb er den Master in Ökonomie an der Universität Genf, wo er 1989 mit Auszeichnung in Finanzwirtschaft promovierte. 1994 habilitierte er sich an der Sorbonne. Von 1993–2003 lehrte er an der *École des hautes études commerciales de Paris* (HEC). Seit 2003 ist er Professor für Quantitative Finance an der Universität Zürich, wo er heute auch Direktor des *Instituts für Banking and Finance* und des *Competence Centers for Sustainable Finance* ist. Marc Chesney vertritt einen kritischen Standpunkt gegenüber den Finanzmärkten und den Grossbanken. Seine Forschungsschwerpunkte gelten Finanzkrisen, Systemrisiken von Finanzprodukten, Marktmanipulation und Insidergeschäften sowie allgemein der Globalisierung und Finanzialisierung der Wirtschaft. Er ist Autor verschiedener Artikel über die Gefahren, die mit der Grösse und Komplexität der Finanzsphäre verbunden sind. Marc Chesney ist Mitglied von *Finance Watch*.

Eidgenössische Volksinitiative «Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr» – Initiativtext

ev. Der Initiativtext betrifft Art. 128, 130 und 132 der Bundesverfassung.

Auf Grund des bisherigen Artikel 128 BV kann der Bund eine (progressive) direkte Bundessteuer von maximal 11,5 % auf das Einkommen natürlicher Personen und maximal 8,5 % auf dasjenige juristischer Personen erheben. Diese Steuer soll durch die Mikrosteuer auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr ersetzt werden. Artikel 130 BV regelt die Mehrwertsteuer. Er soll, ebenso wie Art. 132 Absatz 1 BV, der die Stempelsteuer regelt, ersatzlos gestrichen werden. Absatz 2 zur Verrechnungssteuer bleibt.

Die Bundesverfassung[1] wird wie folgt geändert:

Art. 128 Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr

1 Der Bund erhebt auf jeder Belastung und jeder Gutschrift des bargeldlosen Zahlungsverkehrs eine Mikrosteuer mit einem einheitlichen Steuersatz. Er bezweckt damit eine einfache Besteuerung und transparente Finanzströme. Der maximale Steuersatz der Mikrosteuer beträgt 5 Promille.

2 Die Mikrosteuer ersetzt die Mehrwertsteuer, die direkte Bundessteuer und die Stempelsteuer.

3 Der Ertrag der Mikrosteuer wird für die Finanzierung der Aufgaben des Bundes und für die Kompensation der Kantone verwendet.

4 Das Gesetz regelt die Mikrosteuer nach folgenden Grundsätzen:
- a. In der Schweiz werden die Abwickler von bargeldlosen Zahlungen verpflichtet, die Mikrosteuer automatisch einzuziehen; die Abwickler werden dafür entschädigt.
- b. Systematische Verrechnungen unterliegen ebenfalls der Mikrosteuer; die Steuerpflicht ist durch Selbstdeklaration zu erfüllen.
- c. Bargeldlose Zahlungen im Ausland von Personen mit steuerlicher Ansässigkeit in der Schweiz unterliegen ebenfalls der Mikrosteuer; deren Steuerpflicht ist durch Selbstdeklaration zu erfüllen.
- d. Erheben Staaten eine der schweizerischen Mikrosteuer gleichwertige Steuer, so schliesst der Bund entsprechende Doppelbesteuerungsabkommen ab.

5 Sinn und Zweck der Mikrosteuer sind zu respektieren.

Art. 130

Aufgehoben

Art. 132 Sachüberschrift und Abs. 1

Verrechnungssteuer

1 Aufgehoben

Art. 197 Ziff. 122

12. Übergangsbestimmungen[2] zu Art. 128 (Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr)

1 Die Bundesversammlung erlässt innerhalb von vier Jahren nach Annahme von Artikel 128 durch Volk und Stände die zu dessen Ausführung sowie zur Aufhebung der Mehrwertsteuer, der direkten Bundessteuer und der Stempelsteuer erforderlichen Bestimmungen.

2 Im ersten Jahr nach Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen beträgt der Steuersatz 0,05 Promille. In der Folge wird der Steuersatz so angepasst, dass die Mehrwertsteuer, die direkte Bundessteuer und die Stempelsteuer reduziert und so bald wie möglich aufgehoben werden können.

3 Die Schweizerische Nationalbank veröffentlicht nach Annahme von Artikel 128 durch Volk und Stände monatlich die Gesamtheit des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, einschliesslich Giroüberträge, Interbank-Zahlungen, Intrabank-Zahlungen und Zahlungen über neue Technologien.

[1] SR 101

[2] Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmungen wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

Editorial

Seit dem 25. Februar 2020 läuft die Sammelfrist für die Eidgenössische Volksinitiative «Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr», die nachfolgend – im Interview und im Kasten mit kurzen Fragen und Antworten zum Thema Mikrosteuer – genauer vorgestellt wird. Diese Initiative würde weit mehr Beachtung verdienen, als ihr gegenwärtig zukommt: Sie ist immerhin ein sehr durchdachter Ansatz, um das unglaubliche Missverhältnis zwischen der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaften und den unglaublichen Beträgen, die im Rahmen der globalen Finanzwirtschaft in Form zumeist undurchsichtiger Finanzprodukte gehandelt werden, unter Kontrolle zu bekommen. Das Geld, das in diesem Bereich – etwa in Form von Wetten auf den Ausfall oder eventuell den Konkurs von Firmen – verschoben wird, entspricht auch bei uns einem Vielfachen der Wirtschaftsleistung der Volkswirtschaft. Der allergrösste Teil dieser Finanztransaktionen entzieht sich aber ganz offensichtlich jeglicher Kontrolle. Dieses globale Finanzkasino gefährdet nicht nur die Volkwirtschaften, denn bei einer nächsten Krise werden selbstverständlich in erster Linie die «Normalbürger» und Steuerzahler zur Kasse gebeten. Die riesigen Geldsummen, mit denen hier die Partikularinteressen von wenigen gesichert werden können, gefährden aber auch die Demokratie, denn die Plutokratie geht einher mit Käuflichkeit, Korruption, Manipulation der öffentlichen Meinung usw. Eine automatisch generierte Steuer auf allen Gutschriften und Belastungen auf dem Weg des elektronischen Zahlungsverkehrs könnte hier Transparenz schaffen. Wer Steuerflucht und Steuerparadiese tatsächlich vermeiden will und nicht nur Wirtschaftskrieg in diesem Sektor treibt, müsste sich unbedingt für eine solche Steuer einsetzen. Zudem wäre die Besteuerung solcher Finanztransaktionen allemal gerechter als die Besteuerung der Arbeitsleistung: Sie würde automatisch erhoben und natürlich diejenigen stärker belasten, die mit grösseren Beträgen operieren.

Sicher wird das Finanzkasino das «Geschäft mit der Angst», wie *Marc Chesney* formuliert, massiv weiter bewirtschaften. Und weiter mit dem Argument hausieren gehen, dass solch «verantwortungsvolle Posten» wie die Führung einer Grossbank nur den «Besten» anvertraut werden sollten, was entsprechende Gehälter (und Boni) erforderlich mache. Chesney zitiert dazu in seinem Buch «Die permanente Krise»[1] das Beispiel von *Joseph Cassano*, Direktor der AIG, also derjenigen nordamerikanischen Versicherungsgesellschaft, die massiv auf das Überleben von *Lehmann Brothers* gewettet hatte. Die AIG musste in der Folge vom amerikanischen Steuerzahler gerettet werden, Joseph Cassano räumte zwar seinen Direktorposten, wurde aber als Berater weiterbeschäftigt – Monatsgehalt 1 Million Dollar. Im Film «Inside Job» heisst es dazu, man habe mit diesem Consultingvertrag sicherstellen wollen, dass AIG weiterhin von seinen «intellektuellen Kenntnissen» (retain the intellectual knowledge) profitieren könne …[2] Unzählige andere standen dank dieser «intellektuellen Fähigkeiten» vor dem Nichts.

Wir Menschen scheinen oft sehr schnell zu vergessen – obwohl viele immer wieder warnen, dass diese Krise alles andere als gelöst ist und die etwa 30 systemrelevanten Grossbanken sowie Hedgefonds usw. im Gegenteil ihre Position noch weiter ausgebaut haben. Was die Initiative in diesem Zusammenhang auf jeden Fall schaffen könnte, ist die dringend notwendige Auseinandersetzung über diese existentiellen Fragen, die uns früher oder später sehr konkret wieder ins Haus stehen werden – so sie

Fortsetzung auf Seite 2

Kurze Fragen und Antworten zum Thema Mikrosteuer

von Prof. Dr. Marc Chesney

Frage 1: Was ist die Mikrosteuer?
Es geht darum, ein komplexes, archaisches und bürokratisches Steuersystem zu vereinfachen und zu aktualisieren. Wie? Indem man das enorme Steuersubstrat betrachtet, das die Summe aller elektronischen Transaktionen repräsentieren würde. Es würde sich jedes Jahr um etwa 100 000 Milliarden CHF handeln. Eine auf diesem Makro-Steuersubstrat erhobene Mikrosteuer würde 100 Milliarden CHF generieren. Damit liessen sich drei Steuern abschaffen:
1. die direkte Bundessteuer
2. die Mehrwertsteuer
3. die Stempelsteuer.

Frage 2: Auf was und wie wird diese erhoben werden?
Ganz einfach und automatisch. Jedes Mal, wenn wir zum Friseur oder ins Restaurant gehen und mit der Kreditkarte zahlen; jedes Mal, wenn wir Geld vom Bankomaten abheben; jedes Mal, wenn wir Aktien über den Computer kaufen; jedes Mal, wenn wir andere Rechnungen mit unserem Mobiltelefon zahlen, wird eine Mikrosteuer von 0,1 % abgezogen. Erlauben Sie mir, Ihnen ein Beispiel zu geben: Ich hebe von einem Bankomaten Geld ab, zum Beispiel 100 CHF. Auf diesen 100 CHF wird die Mikrosteuer von 0,1 %, in diesem Fall 10 Rappen, automatisch im Rahmen der Bundessteuer erhoben.

Frage 3: Welche Steuern würde sie ersetzen?
Die abzuschaffenden Steuern wären: die Mehrwertsteuer, die direkte Bundesteuer und die Stempelsteuer. Die erste, die Mehrwertsteuer, entspricht etwa 23 Milliarden CHF, die zweite, die direkte Bundessteuer, 22 Milliarden und die letzte, die Stempelsteuer, 2 Milliarden, d. h. wir benötigen etwa 47 Milliarden CHF. Nun würde diese Mikrosteuer von 0,1 %, angewendet auf 100 000 Milliarden CHF – dieses enorme Steuersubstrat –, aber 100 Milliarden CHF generieren, also um einiges mehr als für die Abschaffung dieser drei Steuern nötig wäre, sprich 47 Milliarden CHF.

Frage 4: Wie hoch ist das jährliche Volumen der elektronischen Transaktionen in der Schweiz?
Ich habe tatsächlich dieses gigantische Volumen der jährlichen elektronischen Transaktionen in der Schweiz zitiert, ungefähr 100 000 Milliarden CHF. Ich sage «ungefähr», da wir keinen vollständigen Zugang auf alle Daten haben. Zum Beispiel zu internen Banktransaktionen; also Transaktionen, die innerhalb ein- und derselben Bank durchgeführt werden. Transaktionen, die innerhalb einer Mikro- oder Millisekunde vorgenommen werden. Diejenigen, die mit Kryptowährungen oder mit Derivaten in Zusammenhang stehen, usw. Wenn wir also von 100 000 Milliarden CHF sprechen, sind wir vorsichtig. Es kann durchaus sein, dass die Steuerbemessungsgrundlage noch viel grösser ist.

Frage 5: Wird diese Steuer einen Einfluss auf das Volumen der elektronischen Transaktionen ausüben?
In der Tat hätte eine Einführung einer solchen Mikrosteuer sicherlich einen Einfluss auf das Gesamtvolumen aller elektronischen Transaktionen. Der Einfluss könnte positiv oder auch negativ sein, d. h. das Volumen könnte steigen oder sinken. Warum sinken? Weil man sich vorstellen könnte, dass die innerhalb von Milli- oder Mikrosekunden durchgeführten Transaktionen ins Ausland verlagert werden. Und warum steigen? Weil umgekehrt Unternehmen mit Sitz im Ausland, zum Beispiel in Frankreich, Deutschland oder in Italien, sehr interessiert wären, sich in der Schweiz niederzulassen, denn das System wäre transparenter als zuvor, weniger bürokratisch, und die Steuern wären niedriger. Erlauben Sie mir, Ihnen einen Extremfall vorzustellen: Gehen wir davon aus, dass 80 % der elektronischen Transaktionen von heute auf morgen verlagert werden. Um nun die drei bereits erwähnten Steuern abzuschaffen, die Mehrwertsteuer, die Stempelsteuer und die direkte Bundessteuer, benötigen wir 50 Milliarden CHF … okay, etwas weniger … 47 Milliarden CHF. 0,1 % würde nicht mehr als 20 % vom Initialbetrag generieren, sprich 20 Milliarden CHF. Um also die drei Steuern abschaffen zu können, müssten wir mit 0,25 % arbeiten anstelle von 0,1 %; 0,25 %, um 50 Milliarden CHF generieren zu können. Aber 0,25 % bleiben eine Mikrosteuer. Wir haben also noch viel Spielraum.

Frage 6: Was sind die Vorteile für die Schweizer Bevölkerung und die kleinen und mittelgrossen Unternehmen?
Nehmen wir als konkretes Beispiel eine Familie: Vater, Mutter, zwei Kinder. Wir gehen davon aus, dass diese Familie ein Jahresgehalt von 100 000 CHF bezieht. Diese Familie wird für den Fall, dass die Mehrwertsteuer sowie die direkte Bundessteuer wegfallen, im Jahr etwa 5000 CHF sparen. Die KMU werden nicht nur Geld, sondern auch Zeit gewinnen; die Zeit, die durch die Bürokratie in bezug auf die Mehrwertsteuer verlorengeht, kann durch die Einführung der Mikrosteuer gespart werden. Zusammenfassend hätte die Einführung der Mikrosteuer für 99 % aller Haushalte und KMU eine positive Wirkung.

Frage 7: Was wäre ihr Einfluss auf die Banken?
Der Finanzsektor ist nicht homogen. Unser Projekt sieht eine Entschädigung derjenigen Finanzinstitute vor, welche die Rolle eines Steuereinziehers übernehmen. Auf dieser Basis könnten die kleinen Banken dieses Projekt ohne Probleme tragen, da sie für eine einfache und automatische Arbeit bezahlt würden. Allerdings werden die grossen Banken wahrscheinlich gegen ein solches Projekt sein, da sie im Hoch-Frequenz-Handel aktiv sind. Man kann sich gut vorstellen, dass die zu bezahlende Steuer – obwohl der Steuersatz sehr tief ist – für diese Finanzinstitutionen nach ein paar Minuten oder Stunden um einiges wichtiger wird.

Frage 8: Warum heute eine solche Steuer?
Die Gesellschaft ist mit grossen Herausforderungen konfrontiert. Ich nenne Ihnen vier davon:
1. Zunächst ein archaisches, komplexes und bürokratisches Fiskalsystem. Es wäre an der Zeit, dieses zu aktualisieren.
2. Ein «Finanz-Kasino», dessen Hauptdarsteller die sogenannten systemrelevanten Banken sind: etwa 30 Banken weltweit von insgesamt 30 000. Wie auch andere wichtige Akteure des sogenannten Schattenfinanzsystems. Diese Akteure bedienen sich mehr, als dass sie der Wirtschaft dienen.
3. Die Digitalisierung. Es ist heute kontra-produktiv, Arbeit zu besteuern. Nun, da sich die Zeit «verringert» hat. Um was es tatsächlich geht, ist, die elektronischen Transaktionen genau zu besteuern.
4. Und letztendlich die Klimaerwärmung, für die wir dringend Lösungen finden müssen. Nicht nur für uns, sondern auch für die kommenden Generationen. Es geht heute also darum, Massnahmen zu ergreifen, die diesen Herausforderungen gerecht werden.

Frage 9: Inwiefern ist sie für die Digitalisierung der Wirtschaft relevant?
Was die Digitalisierung der Wirtschaft betrifft, erlauben Sie mir, ein paar Beispiele zu betrachten. Wenn wir zu *Coop* oder *Migros* einkaufen gehen, treffen wir immer häufiger auf elektronische Kassen, anstelle dass wir eine Kassiererin vorfinden. Bald werden wir in unseren Städten Taxis ohne Fahrer begegnen, d. h. wir werden zunehmend mit einer massiven Unterbeschäftigung konfrontiert sein. Hierfür werden wir intelligente Lösungen finden müssen, denn eine demokratische Gesellschaft kann mit einer Unterbeschäftigung von 20 %, 30 % oder 40 % der Bevölkerung nicht funktionieren. Die Mikrosteuer ist eine dieser Lösungen, da sie anstelle der Arbeit die elektronischen Transaktionen besteuert.

Frage 10: Inwiefern ist sie für die Klimaherausforderung relevant?
Was die Klimaherausforderung betrifft und den Mehrwert, den die Mikrosteuer wird haben können, erinnern Sie sich, dass eine Mikrosteuer von 0,1 % 100 Milliarden CHF generieren müsste. Für die Abschaffung der drei in Frage stehenden Steuern würden wir 47 Milliarden CHF benötigen. Was geschieht mit dem Überschuss? Wir unterstützen hiermit die Energiewende.

Frage 11: Hat diese Initiative einen politischen Ursprung?
Nein, diese Initiative hat keinen politischen Hintergrund. Sie überschreitet jegliche politische Differenzen. Wir behalten unsere Unabhängigkeit und sind in Kontakt mit verschiedenen Parteien. Es geht einzig und allein darum, ein archaisches Fiskalsystem zu modernisieren, was möglichst vielen nützen wird.

Frage 12: Kann die Schweiz das Projekt der Mikrosteuer alleine einführen?
Ja, auf jeden Fall. Die Schweiz kann diese Initiative alleine angehen. Das erste Land, welches die Mikrosteuer einführt, wird einen reellen Vorteil gegenüber den anderen Ländern haben, weil es unzählige Firmen anziehen wird, die von den mit der Mikrosteuer verbundenen Vorteilen profitieren wollen.

Frage 13: Unterscheidet sich die Mikrosteuer von der Tobin-Steuer?
Ja, die Mikrosteuer ist anders als die Tobin-Steuer, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen. Erstens gilt diese Steuer für alle elektronischen Transaktionen; also nicht nur für finanzielle Transaktionen, wie beim Kauf von Devisen, Aktien oder Obligationen, sondern für alle, in der gesamten Wirtschaft durchgeführten elektronischen Transaktionen. Zweitens geht es nicht darum, eine weitere Steuer hinzuzufügen. Wir haben davon bereits genügend. Es geht im Gegensatz darum, solche abzuschaffen, in diesem Fall drei.

Frage 14: Würde diese Steuer auch für multinationale Konzerne gelten?
Ja. Tatsächlich würde die Mikrosteuer eine Lösung angesichts der Steueroptimierung darstellen, die in grossem Ausmass von den multinationalen Konzernen praktiziert wird. Insbesondere von den GAFA (= *Google, Apple, Facebook, Amazon*). Auch wenn deren Geschäftssitz in einem x-beliebigen Land gelegen ist: Von dem Zeitpunkt an, wo sie Kunden oder Lieferanten in der Schweiz hätten, würde die Mikrosteuer auf jeder elektronischen Transaktion erhoben werden.

Frage 15: Befürchten Sie nicht, dass die Schweizer Banken damit ihre Aktivitäten verlagern würden?
Die Verlagerung elektronischer Transaktionen ins Ausland würde es den grossen Schweizer Banken nicht erlauben, die Steuer zu umgehen. Der Text sieht nämlich vor, dass die Gruppe als Einheit verantwortlich ist. Wenn also eine grosse Bank, eine grosse Schweizer Bank, eine Transaktion anstelle zum Beispiel zwischen Genf und Zürich zwischen Frankfurt und London durchführt, muss sie diese Transaktion deklarieren und darauf Steuern zahlen. Wenn sie das nicht tut, stellt dies eine Straftat dar.

Quelle: https://mikrosteuer.ch/

«Editorial»
Fortsetzung von Seite 1

denn zustande kommt. Die Sammelfrist dafür läuft (im Zuge der Covid-19 Bestimmungen etwas verschoben) am 5. November 2021 ab. Bis Ende April sind rund 50 000 Unterschriften eingegangen. Jeder, der dieser dringenden Diskussion eine Chance geben möchte, kann in unserer direkten Demokratie dazu seinen kleinen, aber wichtigen Beitrag leisten.

Erika Vögeli

---

[1] Chesney, Marc. *Die permanente Krise. Der Aufstieg der Finanzoligarchie und das Versagen der Demokratie*. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Zürich 2019.

[2] Film *Inside Job*, etwa bei Min. 79.50 (*https://www.youtube.com/watch?v=T2IaJwkqgPk*)

«In March of 2008 AIG's financial products division lost 11 billion Dollars. Instead of being fired *Joseph Cassano*, the head of AIG FP was kept on as a consultant for a million Dollars a month. (*Martin Sullivan*, bis Juni 2008 CEO von AIG Financial Products dazu in einer Befragung): ‹… and you want to make sure that the key players and the key employees within AIG FP we retain that intellectual knowledge.›» [«Im März 2008 verlor die Finanzproduktsparte von AIG 11 Milliarden Dollar. Anstatt entlassen zu werden, wurde Joseph Cassano, der Chef von AIG FP, als Berater für eine Million Dollar im Monat weiterbeschäftigt. (Martin Sullivan, bis Juni 2008 CEO von AIG Financial Products dazu in einer Befragung): ‹… und Sie wollen sicherstellen, dass die Schlüsselfiguren und die Schlüsselmitarbeiter innerhalb von AIG FP, dass wir dieses intellektuelle Wissen beibehalten.›»]

Das **Initiativkomitee** setzt sich aus Persönlichkeiten zusammen, die in erster Linie fachlich und vor dem Hintergrund ihrer oft langjährigen beruflichen Erfahrung mit der Thematik von Finanzwirtschaft, Steuern und/oder IT befasst sind. Emeritierte und noch tätige Professoren aus Ökonomie, Finanzwesen, Elektro- und Computertechnologie gehören ebenso dazu wie erfahrene Persönlichkeiten im Bereich von Vermögensverwaltung, Wirtschaft und Verwaltung. Auch politisch Tätige bzw. ehemalige Politiker sind darin vertreten. Allerdings versteht sich die Initiative als parteipolitisch ungebunden.

Felix Bolliger, lic. oec. HSG, Inhaber der *Felix Bolliger AG für Vermögensverwaltung* 1987–2017; Prof. em. *Beat Bürgenmeier*, Prof. em. der Universität Genf in Wirtschaftswissenschaft; Prof. em. *Franco Cavalli*, alt Nationalrat, Leiter Institut für onkologische Forschung in Bellinzona; Prof. Dr. *Marc Chesney*, Finanzprofessor an der Universität Zürich und Autor des Buches «Die permanente Krise», Versus Verlag, Zürich, März 2019. *marc-chesney.com*; *Hélène Gache*, Politikerin und Geschäftsführerin eines KMU im Bereich Beratung und IT; Prof. Dr. *Anton Gunzinger,* Prof. Dr. ETH, Inhaber der *Super Computing Systems* (SCS) AG, Zürich; *Gérard Jolimay,* war Geschäftsleiter eines grossen Dienstleistungsunternehmens und ist sehr engagiert in der politischen und der Vereinswelt; *Andrea Lacroix* hat zwölf Jahre lang als Rechtsanwältin bei der Genfer Anwaltskammer praktiziert und bekleidet gegenwärtig eine leitende Position in der Verwaltung des Kantons Genf; *Dick Marty*, ehemaliger Ständerat, Staatsanwalt des Kantons Tessin und früheres Mitglied der Parlamentarierdelegation beim Europarat; *Guy Mettan*, Journalist und Politiker; *Jean-Cédric Michel* ist als Anwalt international in der Schweiz, in Europa und den USA tätig; Prof. Dr. *Sergio Rossi*, Ph.D., ist ordentlicher Professor an der Universität Freiburg (Schweiz) am Lehrstuhl für Makroökonomie und monetäre Ökonomie; Dr. rer. pol. *Oswald Sigg*, Journalist, arbeitete bei SDA und SRG und in der Bundesverwaltung, 2005–2009 Bundesratssprecher und Vizekanzler der Eidgenossenschaft; Dr. iur. *Jacob Zgraggen*, Geschäftsleitungsmitglied bei der Bank *Julius Bär* 1981–1993. Seit 1994 selbständiger Wirtschaftsanwalt und Verwaltungsrat bei diversen KMU.

«Plutokratie oder Demokratie?»
Fortsetzung von Seite 1

Der Zahlungsverkehr ist wesentlich innerhalb einer modernen Wirtschaft und sollte ein öffentliches Gut sein. Das ist leider nicht der Fall. Als Konsequenz seiner Privatisierung ist der Zahlungsverkehr undurchsichtig, und seine Überdimensionierung birgt Gefahren. Die Mikrosteuer-Initiative soll Licht ins dunkel bringen.

Konkret zur Umsetzung der Initiative: Wer würde den Mikrosteuersatz festlegen, und in welcher Form sollte/könnte das umgesetzt werden bzw. wer wäre dann – angesichts des heute privatisierten Zahlungsverkehrs – dafür zuständig?
Konkret und wie geplant im Initiativ-Text, sollte der Mikrosteuersatz im ersten Jahr der Umsetzung bei 0,05 Promille fixiert sein. Das heisst, wenn Sie eine Rechnung von 1000 Franken bezahlen, dann werden 5 Rappen als Mikrosteuer bezahlt. Das ist fast nichts, fast unsichtbar. Am Anfang steht das Ziel, das riesige Volumen von elektronischen Transaktionen präzise zu messen. Nach einem Jahr werden wir wissen, ob dieses Volumen 150mal oder zum Beispiel 200mal dem BIP entspricht. Danach wird der Staat jedes Jahr die Verantwortung haben, den Satz festzulegen, so dass zuerst die Mehrwertsteuer und dann die direkte Bundessteuer und dann die Stempelsteuer abgeschafft werden. Ein anderes Ziel wäre, ohne weitere Schulden zu machen, all denjenigen, die in der Pandemie finanziell leiden, zu helfen. Irgendwann sollten der Finanzsektor und insbesondere die Grossbanken einen Beitrag dazu leisten. Die jüngsten Skandale und Verluste der *Credit Suisse* zeigen, dass die Priorität von Grossbanken leider eine andere ist: und zwar die Finanzkasino-Wirtschaft weiter zu betreiben. Die Grössenordnung des Mikrosteuersatzes sollte mittelfristig 0,1 % sein, und damit sollten etwa 100 Milliarden Franken pro Jahr eingenommen werden.

Die Initiative betrifft drei Bundessteuern. Die Hauptsteuerlast des Steuerzahlers fällt allerdings bei der Staats- und Gemeindesteuer an. Weshalb haben die Initianten die Bundessteuer gewählt?
Das Mikrosteuer-Komitee hat sich exklusiv auf die Bundessteuern fokussiert. Um auch gewisse Kantonal-Steuern abzuschaffen, sollten die politischen Vertreter des jeweiligen betroffenen Kantons eine lokale Abstimmung organisieren.

Liesse sich das Prinzip auch auf die kantonalen und Gemeindesteuern übertragen? Wäre das finanziell tragbar bzw. auf gerechte Weise umsetzbar? Führte das nicht zu einem zentralistischen Verwaltungsapparat bei der Zuteilung der Steuereinnahmen?
Das Prinzip liesse sich auch auf die kantonalen und Gemeindesteuern übertragen, um lokale Steuern abzuschaffen. Ohne die Mehrwertsteuer und die ihr inhärente Bürokratie sollte der zentralistische Verwaltungsapparat nicht grösser, sondern kleiner werden. •

Weitere Informationen zur Volksinitiative und Unterschriftenbogen unter:
https://mikrosteuer.ch/

Eidgenössische Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Braucht es dieses Anti-Terror-Gesetz?

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Am 25. September 2020 hat das Parlament das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus samt dem Zusatzprotokoll dazu genehmigt. Um die Verpflichtungen der Schweiz gemäss diesem Abkommen zu erfüllen, hat das Parlament gleichzeitig das Strafgesetzbuch um neue Strafbestimmungen für die Beteiligung an kriminellen und terroristischen Organisationen sowie an terroristischen Straftaten ergänzt.[1]

Ausgehend von Terroranschlägen im Ausland und von der Tatsache, dass in der Schweiz lebende Jugendliche und junge Erwachsene in den Nahen Osten gereist waren, um sich bewaffneten Terroristengruppen anzuschliessen, haben der Nationalrat und der Ständerat gleichentags dem «Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)» zugestimmt. Dagegen haben verschiedene Komitees aus rechtsstaatlichen Gründen das Referendum ergriffen (Abstimmungsbüchlein[2]*, S. 105).*

Diese Abstimmungsvorlage soll hier unter die Lupe genommen werden.

Die wichtigsten Inhalte des Gesetzes

Den Text des Gesetzesentwurfes finden Sie im Abstimmungsbüchlein (S. 114ff.).

Grundsatz: Die Polizei soll bereits präventiv einschreiten können, wenn anzunehmen ist, dass von einer Person eine terroristische Gefahr ausgeht (Abstimmungsbüchlein, S. 105).

- Gegen «terroristische Gefährder» sollen Massnahmen ergriffen werden können, «wenn auf Grund konkreter und aktueller Anhaltspunkte davon ausgegangen werden muss, dass sie oder er eine terroristische Aktivität ausüben wird». (Art. 23e Absatz 1)
- «Terroristische Aktivität» (Art. 23e Abs. 2): «Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen.»
- Zuständig für die Anordnung der Massnahmen ist *Fedpol* (Bundesamt für Polizei) (Art. 23f Abs. 1), auf Antrag der Gemeinde, des Kantons oder des NDB (Nachrichtendienst des Bundes) (Art. 23i).
- Vollzug und Kontrolle der Massnahmen sind Sache der Kantone (Art. 23r).
- Die Massnahmen dürfen nur ergriffen werden, wenn sie «verhältnismässig» sind [das gilt für jede staatliche Massnahme im Rechtsstaat] und wenn vorher versuchte Massnahmen in den Kantonen oder Gemeinden nicht ausreichen (Art. 23f Abs. 1 b) (Abstimmungsbüchlein, S. 108).
- Mögliche Massnahmen (Art. 23k–q): Gesprächsteilnahmepflicht, Kontaktverbot, Ausreiseverbot, Meldepflicht, Ein- und Ausgrenzung (Verbot, bestimmte Orte aufzusuchen oder zu verlassen), Hausarrest, Ausschaffungshaft (für Ausländer; für Schweizerbürger ist keine Haft/Festnahme vorgesehen), elektronische Überwachung (Abstimmungsbüchlein, S. 107).

Gemeinsame Bestimmungen:

- Altersgrenze: 12 Jahre (Art. 24f)
- Maximale Dauer einer Massnahme: sechs Monate (einmalige Verlängerung um maximal sechs Monate möglich) (Art. 23g Abs. 1)
- Rechtsschutz: «Gegen Verfügungen von *Fedpol* […] kann beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde geführt werden.» (Art. 24g Abs. 1) «Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung.» Der Instruktionsrichter [Untersuchungsrichter] kann jedoch einer Beschwerde aufschiebende Wirkung erteilen, «wenn der Zweck der Massnahme dadurch nicht gefährdet wird» (Art. 24g Abs. 3).
- Strafbestimmungen: «Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, wer gegen Massnahmen nach den Artikeln 23l–23q verstösst.» (Art. 29a)

Schwerwiegende rechtliche Einwände

Die beiden Referendumskomitees stossen sich an den schwammigen Definitionen der «Gefährder» und der «terroristischen Aktivität», die der Willkür Tür und Tor öffnen.

> «Wer mit gefährlichem Material herumpröbelt oder sich in krimineller Gesellschaft bewegt, wer bedrohliche Mails und Tweets herumschickt, wer ins Ausland reist, um sich dort terroristischen Gruppen anzuschliessen, oder wer Geld sammelt für solche Gruppierungen, macht sich bereits durch diese Vorbereitungshandlungen strafbar. Er muss sich nicht fragwürdigen Massnahmen von *Fedpol* unterziehen, sondern er wird angeklagt und vor Gericht gestellt, mit allen grundrechtlichen Garantien.»

Bundesrätin und EJPD-Chefin *Karin Keller-Sutter* beteuert zwar, mit «Gefährdern» seien keine Demonstranten gemeint, «auch nicht solche, die Fensterscheiben einwerfen» – aber schwammig bleibt schwammig. Die vorgesehenen Massnahmen könnten zudem auf blossen Verdacht hin und ohne Beweise gegen unbescholtene Bürger und gegen Kinder ab 12 Jahren verhängt werden (Verstoss gegen die *Europäische Menschenrechtskonvention* und die *Uno-Kinderrechtskonvention*). Auch würde die Gewaltenteilung missachtet: Die Massnahmen würden von Polizeibehörden (Exekutive) sowohl angeordnet als auch durchgeführt, im Rechtsstaat müssten sie aber von einem Gericht angeordnet werden. «Dieses Gesetz ist ein Angriff auf den Rechtsstaat, ohne dass es mehr Sicherheit bringt.» (Abstimmungsbüchlein, S. 110f.)

Neben den Referendumsgegnern bringen auch zahlreiche Schweizer Juristen ernste rechtliche Bedenken gegen das Anti-Terrorismus-Gesetz ein, so Uno-Sonderberichterstatter *Nils Melzer*, den wir als unerschrockenen Kämpfer für die Freilassung des Whistleblowers *Julian Assange* kennengelernt haben. Gemeinsam mit vier weiteren Uno-Sonderberichterstattern forderte er das Parlament auf, die Vorlage abzulehnen: «Die Polizei soll weitgehende Befugnisse im Kampf gegen den Terror erhalten – zu weitgehende, sagt der Schweizer Jurist und Uno-Sonderberichterstatter Nils Melzer.»[3]

Bereits im September 2020 hatten mehr als fünfzig Schweizer Strafrechtsexperten in einem Offenen Brief das Parlament aufgefordert, die Gesetzesvorlage abzulehnen, weil «die vorliegenden Massnahmen weitreichende Beschränkungen von Grund- und Menschenrechten erlauben, deren Schutz durch die Bundesverfassung und internationale Abkommen (EMRK, Uno-Pakt I und II, usw.) garantiert sind.»[4] Die Rechtsexperten kritisierten unter anderem den «extrem unpräzise(n) Begriff des ‹terroristischen Gefährders›» und insbesondere die unzureichende richterliche Kontrolle: «Es etabliert sich eine Gefährlichkeitsvermutung, welche vor der richterlichen Behörde widerlegt werden muss. Das ist unserer Rechtsordnung und den ihr zugrunde liegenden Werten fremd. Das Fehlen einer aufschiebenden Rechtsmittelwirkung sowie einer vorgängigen richterlichen Kontrolle führt dazu, dass die von polizeilichen Massnahmen betroffene Person die beruflichen, sozialen und psychologischen Folgen selbst dann zu erdulden hat, wenn sich die Massnahmen als unbegründet erweisen.»

In ihrem offenen Brief kommen die Strafrechtler zum Schluss: «Auch wenn ausser Frage steht, dass Terrorismus nach einer starken Antwort unserer Institutionen verlangt, muss staatliches Handeln im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit erfolgen. Es ist ein starker Rechtsstaat, dessen die Schweiz bedarf, um der terroristischen Bedrohung entgegenzutreten. Die der Bundesversammlung unterbreitete Gesetzesvorlage ist hingegen höchst problematisch mit Blick auf die Bundesverfassung und internationale Menschenrechtsabkommen. Ihre Annahme würde unseren Rechtsstaat aushöhlen.»

Inakzeptabler Übergriff des Bundes in die kantonale Polizeihoheit

Völlig fremd ist dem Schweizer Staatsverständnis die Machtposition, welche der Gesetzesentwurf dem Bundesamt für Polizei (*Fedpol*) überträgt. *Fedpol* soll die alleinige Entscheidungsgewalt über die Verfügung von Massnahmen gegenüber einem «terroristischen Gefährder» haben (Art. 23f und j), während die zuständigen kantonalen und kommunalen Behörden zu blossen Antragstellern (Art. 23i) und Vollzugsgehilfen (Art. 23r Abs. 1) abqualifiziert werden. Ja, das Bundesamt soll gemäss Absatz 2 dem zuständigen Kanton dabei sogar «helfen»: «*Fedpol* leistet Amts- und Vollzugshilfe.» Ein absolut untragbarer Eingriff in die seit jeher in der Hand der Kantone liegende Polizeihoheit.

Überlassen wir dazu *Fedpol* selbst das Wort. Unter dem Titel «Polizeistruktur – Föderalistischer Aufbau» ist auf deren Homepage zu lesen: «In der Schweiz haben grundsätzlich die 26 Kantone die Polizeihoheit inne. Es handelt sich dabei um eine originäre Zuständigkeit der Kantone, also eine Zuständigkeit, die bereits bestand, als es die Schweizerische Bundesverfassung (BV) noch nicht gab. Die BV hat daran nichts geändert und anerkennt damit diese Zuständigkeit. Die Kantone sind somit für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf ihrem Territorium verantwortlich.»[5] Vielleicht sollten die Beamten des EJPD[6], bevor sie ein Gesetz entwerfen, zuerst einen Blick auf die Informationen der eigenen Bundesämter werfen.

Das dicke Ende: Anti-Terror-Gesetz ist überflüssig

Die Polizei habe heute «nur beschränkte Möglichkeiten, um präventiv gegen terroristische Gefahren vorzugehen. Mit dem vorliegenden Bundesgesetz wollen Bundesrat und Parlament diese Lücke schliessen» (Abstimmungsbüchlein, S. 105).

Allerdings verschweigt der Bundesrat, dass die Lücke so gross nicht ist. Denn am selben Tag, an dem das Parlament das Anti-Terror-Gesetz beschlossen hat, hat es auch eine Reihe von Vorbereitungshandlungen zu kriminellen oder terroristischen Verbrechen unter Strafe gestellt (siehe Lead). Anders als die Massnahmen des Anti-Terror-Gesetzes werden sie im Strafgesetzbuch stehen und somit allen Verfahrensregeln und Grundrechten unterstehen, die der Rechtsstaat garantiert.

Bestraft werden soll neu gemäss Art. 260ter StGB, wer

a. sich an einer Organisation beteiligt, die den Zweck verfolgt:
   1. Gewaltverbrechen zu begehen […], oder
   2. Gewaltverbrechen zu begehen, mit denen die Bevölkerung eingeschüchtert oder ein Staat oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen genötigt werden soll;

   oder
b. eine solche Organisation in ihrer Tätigkeit unterstützt. […]

Nach Art. 260sexies ist neu auch strafbar, wer

a. jemanden für die Begehung einer solchen Straftat oder die Teilnahme daran anwirbt;
b. sich für die Begehung einer solchen Straftat oder die Teilnahme daran anleiten lässt zum Herstellen oder Gebrauch von Waffen, Sprengstoffen, radioaktiven Materialien, giftigen Gasen oder anderen Vorrichtungen oder gefährlichen Stoffen oder jemanden hierzu anleitet; oder
c. eine grenzüberschreitende Reise unternimmt in der Absicht, eine solche Straftat zu begehen, sich daran zu beteiligen oder sich dafür ausbilden zu lassen.»

Bereits seit 2003 ist zudem strafbar, wer für terroristische Zwecke «Vermögenswerte sammelt oder zur Verfügung stellt» (Art. 250quinquies), und schon seit 1995, wer «die Bevölkerung durch Androhen oder Vorspiegeln einer Gefahr für Leib, Leben oder Eigentum in Schrecken versetzt» (Art. 258).

Das heisst, wer mit gefährlichem Material herumpröbelt oder sich in krimineller Gesellschaft bewegt, wer bedrohliche Mails und Tweets herumschickt, wer ins Ausland reist, um sich dort terroristischen Gruppen anzuschliessen, oder wer Geld sammelt für solche Gruppierungen, macht sich bereits durch diese Vorbereitungshandlungen strafbar. Er muss sich nicht fragwürdigen Massnahmen von *Fedpol* unterziehen, sondern er wird angeklagt und vor Gericht gestellt, mit allen grundrechtlichen Garantien (Recht auf Anhörung, Recht auf einen Anwalt, Recht auf Ergreifung von Rechtsmitteln usw.). Wozu also ein rechtlich zweifelhaftes Anti-Terror-Gesetz, das diese Grundrechte massiv einschränkt?

Zum Schluss eine dringliche Frage: Was tun wir mit gewaltbereiten Jugendlichen?

Bundesrätin Keller-Sutter wirbt für das Anti-Terror-Gesetz mit dem Beispiel eines 17jährigen, der in den Sozialen Medien ankündigt, «dass er ‹all diese Muslime töten› werde. Der 17jährige lädt Ausschnitte aus dem Video jenes australischen Neonazis hoch, der im März 2019 in zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch 51 Muslime ermordete. Dazu schreibt er: «Irgendwann möchte ich das gleiche in der Schweiz tun.» Im Chat lässt er auch durchblicken, dass es «ganz bei ihm in der Nähe eine Moschee» gebe.[7]

Wie packen wir Erwachsenen solche schweren Probleme an? Wissen wir Eltern und Lehrer, was für schreckliche Gewaltvideos und Mobbing-SMS unter unseren Kindern zirkulieren? Können wir einschätzen, ob der Einzelne ein potentieller Straftäter ist oder ob er bei ernster Ansprache zur Besinnung kommen könnte? Diesen anspruchsvollen Fragen muss sich unsere Gesellschaft stellen. Wir sind verantwortlich für unsere Jugendlichen, für Lösungsversuche mit den Gewaltbereiten und für den Schutz der anderen. Von *Fedpol* angeordnete Massnahmen werden es nicht richten. •

> «Auch wenn ausser Frage steht, dass Terrorismus nach einer starken Antwort unserer Institutionen verlangt, muss staatliches Handeln im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit erfolgen. Es ist ein starker Rechtsstaat, dessen die Schweiz bedarf, um der terroristischen Bedrohung entgegenzutreten. Die der Bundesversammlung unterbreitete Gesetzesvorlage ist hingegen höchst problematisch mit Blick auf die Bundesverfassung und internationale Menschenrechtsabkommen. Ihre Annahme würde unseren Rechtsstaat aushöhlen.» (*Offener Brief von Rechtsexperten*)

---

[1] *«Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll sowie über die Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität»* vom 25.9.2020

[2] *Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung* vom 13.6.2021

[3] Poletti, Gregor. «Experten warnen vor Antiterrorgesetz. Auch unbescholtene Bürger könnten als terroristische Gefährder eingestuft werden.», in: *Tages-Anzeiger* vom 27.4.2021

[4] *https://unser-recht.ch/2020/09/24/51-universitaere-rechtsexpertinnen-und-experten-rufen-zur-ablehnung-des-antiterrorgesetzes-auf/*

[5] *https://www.fedpol.admin.ch/fedpol/de/home/polizei-zusammenarbeit/national.html*

[6] Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

[7] Pelda, Kurt. «Justiz lässt mutmasslichen Terroristen entwischen.», in: *Tages-Anzeiger* vom 19.4.2021

Was kann die Weltpolitik von Joe Biden erwarten?

Eine US-amerikanische Sicht

von Stephen J. Sniegoski, Washington D. C.*

Stephen J. Sniegoski (Bild zvg)

Laut dem US-amerikanischen *PEW Research Center*, einem überparteilichen Fact tank, der Umfragen zu einer Vielzahl von Themen durchführt und im allgemeinen als akkurat gilt, sank die positive Meinung in Europa über die USA mit dem Amtsantritt von *Donald Trump* im Jahr 2016 und blieb auch während seiner Amtszeit tief.[1] Die meisten europäischen Länder glauben, dass die Vereinigten Staaten mit der Wahl von *Joe Biden* nun wieder auf einer Linie mit Europa liegen und der neue Präsident nicht mehr länger so etwas wie ein Isolationist ist, so wie die Europäer Trump einschätzten.

Trump war jedoch weit davon entfernt, ein Isolationist zu sein, da er niemals die amerikanischen Truppen aus der Nato oder andere der unzähligen Truppen, die die USA auf der ganzen Welt stationiert haben, abgezogen hat. Trump hat Kriege ein wenig besser vermieden als seine jüngsten Vorgänger im Oval Office. Biden aber wird wahrscheinlich erwarten, dass die Europäer den USA in ihren Kriegen wieder folgen werden, so wie sie es zuvor getan haben – was viele Europäer heute aber strikt ablehnen.

Das «Trump-Derangement-Syndrom» …

Es sollte hinzugefügt werden, dass Trump von den Medien angegriffen wurde, weil er zu freundlich gegenüber Russland war. Einige gingen so weit zu sagen, dass er eigentlich ein russischer Agent sei und auch, dass Russland Trump 2016 zum Präsidenten gemacht habe. Laut *Philip Giraldi*, einem ehemaligen Geheimdienstoffizier der CIA, «ist Trump mit Sicherheit der Kern des Problems, da er durchweg schlechte, übermässig angriffslustige Entscheidungen getroffen hat, als bessere und weniger scharfe Optionen zur Verfügung standen, etwas, das nicht unbedingt immer auf seine schlechte Wahl von Beratern geschoben werden sollte. Aber man sollte auch die Wahrscheinlichkeit nicht ausser Acht lassen, dass die Dysfunktionalität von Trump zum Teil verständlich ist und von seinem Glauben herrührt, dass er zahlreiche mächtige Feinde hat, die darauf aus sind, ihn zu zerstören, noch bevor er als Präsidentschaftskandidat der Republikaner, der ‹Grand Old Party›, nominiert wurde. Dieser Hass auf alles, was mit Trump zu tun hat, hat sich in den neokonservativen ‹Never-Trump›-Kräften manifestiert, die von *Bill Kristol* angeführt werden, und im ‹Trump Derangement Syndrome›[2], das in der politischen Linken verbreitet ist».[3]

… und der Tiefe Staat

Giraldi weiter: «Und dann gibt es den Tiefen Staat, der auch mit der Demokratischen Partei und Präsident *Barack Obama* daran arbeitete, um die Trump-Präsidentschaft zu zerstören, noch bevor sie begann. Deep State kann man auf verschiedene Arten definieren, von einer ‹weichen› Version, die akzeptiert, dass es ein Establishment gibt, das bestimmte eigennützige Ziele hat, die es kollektiv fördert, bis hin zu etwas Härterem, einer tatsächlichen Infrastruktur, die sich trifft und zusammenarbeitet, um Personen zu entfernen und die Politik zu sabotieren, die sie ablehnt. Der Tiefe Staat in beiden Versionen umfasst hochrangige Regierungsbeamte, Wirtschaftsführer und, vielleicht am wichtigsten, die «Corporate Media», die eine korrumpierte Version von ‹guter Regierungsführung› fördern, die wiederum die Öffentlichkeit beeinflusst.»[4]

> «Dennoch denke ich, dass er in den letzten vier Jahrzehnten in fast jeder wichtigen Angelegenheit der Aussenpolitik und der nationalen Sicherheit falsch gelegen hat.» (*Robert Gates*, Verteidigungsminister unter *Barack Obama*, über *Joe Biden*)

Niemand in den USA traut sich derzeit, «russlandfreundlich» zu sein

Die Behauptung, Trump sei ein russischer Agent, sollte dadurch widerlegt worden sein, dass er den US-Streitkräften erlaubt hat, Hunderte von russischen Söldnern in Syrien zu töten.[5,6] Und «[in] seiner kürzlich veröffentlichten *Nuclear Posture Review* hat das Verteidigungsministerium einen Grossteil seiner milliardenschweren Nuklearanstrengungen auf eine aktualisierte nukleare Abschreckung mit Fokus auf Russland konzentriert».[7] Darüber hinaus «verhängte die Trump-Administration schärfere Sanktionen gegen Russland als alles, was die Obama-Administration jemals getan hat. Präsident Trump unternahm sogar Schritte gegen russische Interessen, die Obama verweigerte, wie die Bereitstellung von panzerbrechenden Javelin-Raketen für die ukrainischen Streitkräfte als Mittel zur Abschreckung russischer grenzüberschreitender Übergriffe mit russischen Panzertruppen, die die Ukrainer ansonsten nicht aufhalten konnten.»[8]

Nichtsdestoweniger konnte dies die Idee des US-Mainstreams nicht entkräften, dass Trump zumindest pro-russisch oder tatsächlich ein russischer Agent sei. In einem Buch eines ehemaligen FBI-Agenten hiess es zum Beispiel, Trump sei eine nationale Sicherheitsbedrohung.[9] Ein ehemaliger KGB-Agent sagte darüber hinaus, der russische Geheimdienst habe Trump jahrzehntelang kultiviert.[10] Deshalb würde es keine Persönlichkeit der Mainstream-Medien wagen zu sagen, dass es eine kluge Idee sein könnte, mit Russland freundlich zu sein, anstatt ihm mit Krieg zu drohen.

Biden will die «Position der Führung zurückgewinnen»

Zurück zu Biden, der Amerikas europäischen Verbündeten auf der virtuellen Münchner Sicherheitskonferenz am 20. Februar 2021 mitteilte, dass «Amerika zurück ist», und damit den angeblich «isolationistischen» und «nationalistischen» Ansatz des ehemaligen Präsidenten Donald Trump gegenüber der Welt zurückwies. Biden sagte, dass die «vergangenen Jahre unsere transatlantischen Beziehungen belastet und getestet haben». Er betonte, dass seine Regierung «entschlossen ist, sich wieder mit Europa zu engagieren» und «unsere Position des Vertrauens und der Führung zurückzugewinnen».[11]

Biden betonte eine harte Linie gegenüber Amerikas drei Hauptfeinden: China, Russland und Iran. Dieser Dreier-Ansatz erinnerte an *George W. Bushs* «Achse des Bösen», zu der auch Iran, der Irak und Nordkorea gehörten.

China sei Amerikas wichtigster Feind

Biden erklärte, China sei Amerikas wichtigster Feind, und sagte, die USA und Europa müssten sich «gemeinsam» auf einen langfristigen strategischen Wettbewerb mit China vorbereiten. Nach der Bedrohung durch China komme die Gefahr, die von Russland ausgehe. Biden meinte, Russland habe die europäischen Demokratien in ernste Schwierigkeiten gebracht und versuche, das Nato-Bündnis zu zerschlagen. Und schliesslich sagte er, dass die destabilisierenden Aktivitäten Irans im gesamten Nahen Osten wirksam vereitelt werden müssten.[12]

Biden setzt auf die «Falken»

Biden verlässt sich stark auf seine langjährigen Berater und hat daher *Antony Blinken* als Aussenminister, *Avril Haines* als Direktorin des Nationalen Nachrichtendienstes, *Jake Sullivan* als Nationalen Sicherheitsberater, *Samantha Power* als Leiterin von USAID und den pensionierten General *Lloyd J. Austin* als Verteidigungsminister ausgewählt. Alle Ernannten gelten als «Falken» und haben eine persönliche Vergangenheit in der Zusammenarbeit mit Biden, als dieser im Kongress und als Vizepräsident amtierte.

Aussenminister Blinken arbeitete fast zwei Jahrzehnte lang mit Biden zusammen. Blinken war von 2015 bis 2017 stellvertretender Aussenminister und von 2013 bis 2015 stellvertretender nationaler Sicherheitsberater unter Präsident Barack Obama und Vizepräsident Biden. Blinken hatte über drei Jahrzehnte in zwei Administrationen leitende aussenpolitische Positionen inne.

Aussenminister Blinken – ein Kriegsbefürworter

Blinken war ein Hardliner und unterstützte den Krieg gegen den Irak im Jahr 2003; er befürwortete die US-Intervention im libyschen Bürgerkrieg 2011, obwohl Biden dagegen war; und er forderte eine weitaus stärkere US-Militärpräsenz im syrischen Bürgerkrieg und war gegen einen Abzug der US-Truppen aus dem verwüsteten Land.[13]

Im Jahr 2014 sprach sich Blinken dafür aus, Russland zu isolieren, nachdem im Februar/März 2014 die Halbinsel Krim der Russischen Föderation beigetreten war. Blinken erklärte sein Ziel so: «Präsident *Putin* und Russland definieren Macht unter anderem über den geopolitischen Einfluss, den Russland gewinnen kann. Und wenn man Russland politisch in der internationalen Gemeinschaft unterminiert und es politisch isoliert, wird diese Macht geschmälert.»[14]

Nicht bereit, eine multipolare Welt zu akzeptieren

Biden scheint davon auszugehen, dass die Nato-Mitglieder bereitwillig den Zielen der US-Führung folgen würden. Dies ist aber höchst unwahrscheinlich. Biden und sein Gefolge scheinen nicht bereit zu sein, eine multipolare Welt zu akzeptieren, da sie glauben, dass die USA immer noch die Führung auf dem Globus innehaben. Die USA haben natürlich in den letzten 20 Jahren versucht, die Europäer in unnötige Kriege zu ziehen, und waren dabei nicht immer erfolgreich. Zum Beispiel waren die einzigen Länder, die neben den USA Truppen zum Einmarsch in den Irak 2003 beisteuerten, das Vereinigte Königreich, Australien und Polen. Die europäischen Grossmächte Deutschland und Frankreich steuerten keine Hilfe bei, und selbst in Grossbritannien, Amerikas wichtigstem Verbündeten, gab es erheblichen Widerstand gegen den Krieg.[15]

Wieder nur noch «transatlantische Solidarität»?

Ein Artikel in der Zeitschrift *Foreign Affairs*, dem Organ des einflussreichen *Council on Foreign Relations* (CFR), beginnt mit dem Verweis auf eine rosige Zukunft: «Die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sind vorbereitet auf einen gewaltigen Aufschwung, nachdem Joe Biden sein Amt angetreten hat. Adieu zu Donald Trumps America First und dem Schaden, den es den Interessen der Nation und ihrem internationalen Ansehen zugefügt hat. Willkommen zurück zu einer US-Staatsführung, die auf dem Respekt vor und der Zusammenarbeit mit demokratischen Verbündeten basiert. Bidens Wahlsieg und die Kurskorrektur, die er bereits eingeleitet hat, sind dazu angetan, Amerikas Ruf im Ausland und die transatlantische Solidarität wiederherzustellen.»[16,17]

Was denken die Menschen in Europa?

Doch der Autor des Artikels in *Foreign Affairs*, *Charles A. Kupchan*, räumte ein, dass viele Menschen in Europa wie die Trumpschen Amerikaner denken, wie er schreibt: «Trotz Bidens Sieg über Trump bleiben Populismus, Nativismus und Illiberalismus auf beiden Seiten des Atlantiks lebendig und stark. Die Besetzung des US-Kongresses am 6. Januar hat das hinreichend deutlich gemacht. Europa sieht sich mit seinen eigenen Warnzeichen konfrontiert, darunter der Brexit, Italiens anhaltende politische Instabilität und die Stärke der illiberalen Regierungen in Ungarn und Polen. Dass *Angela Merkel* bald zurücktreten wird, trägt zur Unsicherheit bei.»[18]

Wie viele «Feinde» auf einmal?

Trotzdem bleibt die Biden-Administration bislang bei der Linie, China und Russland zum Feind zu erklären, und auch in der Iran-Frage ist es nicht sicher, dass es tatsächlich zu einer Entspannung kommt. In den USA selbst ist all dies nicht unumstritten. Am meisten Zustimmung findet die politische Position, China als Wettbewerber um die Weltmacht und deshalb auch als Feind zu betrachten. Kontrovers wird die Frage beurteilt, ob es sinnvoll ist, sich zeitgleich mit China und Russland anzulegen. Ganz zu schweigen von der Frage, welche Bedeutung es hätte, wenn es dann auch noch zu keiner Besserung in den Beziehungen zu Iran kommen sollte.

Parallel zu diesen politischen Fragen wird in den USA intensiv diskutiert, in welche Bereiche der Rüstung künftig neu Geld investiert werden sollte. Dabei geht es auch um die Frage nach einer Aufrüstung im Weltraum.

Sicher ist, dass die Signale nicht auf Entspannung stehen.

Robert Gates über Joe Biden

Über Joe Biden stellte der Verteidigungsminister von Präsident Obama, *Robert Gates*, in seinen Memoiren fest: «Er ist ein Mann von Integrität, unfähig zu verbergen, was er wirklich denkt, und einer jener seltenen Menschen, von denen man weiss, dass man sich in einer persönlichen Krise an ihn wenden könnte. Dennoch denke ich, dass er in den letzten vier Jahrzehnten in fast jeder wichtigen Angelegenheit der Aussenpolitik und der nationalen Sicherheit falsch gelegen hat.» •

---

* *Stephen J. Sniegoski*, Ph.D., promovierte an der University of Maryland in amerikanischer Geschichte, mit dem Schwerpunkt amerikanische Aussenpolitik. Sein Fokus auf die neokonservative Beteiligung an der amerikanischen Aussenpolitik geht auf den 11. September 2001 zurück, und seine erste grössere Arbeit zu diesem Thema, «The War on Iraq: Conceived in Israel», wurde am 10. Februar 2003 veröffentlicht, mehr als einen Monat vor dem amerikanischen Angriff. Verfasser zahlreicher Artikel über politische Philosophie, den Zweiten Weltkrieg, Kommunismus und den amerikanischen Krieg im Irak. Autor von «The Transparent Cabal: The Neoconservative Agenda, War in the Middle East, and the National Interest of Israel».

1 *https://www.bbc.com/news/world-us-canada-51012853*

2 Das «Trump-Derangement-Syndrom» (TDS) ist ein abwertender Begriff für Kritik oder negative Reaktionen auf den ehemaligen US-Präsidenten *Donald Trump*, die als irrational wahrgenommen werden und wenig Bezug auf Trumps tatsächliche politische Positionen oder Handlungen seiner Regierung haben. *https://en.wikipedia.org/wiki/Trump_derangement_syndrome* [Anmerkung der Redaktion]

3 *https://thedailycoin.org/2019/04/24/the-conspiracy-against-trump-philip-giraldi/*

4 *https://thedailycoin.org/2019/04/24/the-conspiracy-against-trump-philip-giraldi/*

5 *https://www.businessinsider.com/us-military-killed-hundreds-of-russians-syria-trump-administration-confirms-2018-4*

6 *https://www.nytimes.com/2018/02/13/world/europe/russia-syria-dead.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&clickSource=story-heading&module=first-column-region&region=top-news&WT.nav=top-news*

7 *https://edition.cnn.com/2018/02/02/politics/pentagon-nuclear-posture-review-russian- drone/index.html*

8 *https://redstate.com/shipwrecked-crew/2021/01/23/biden-administration-endorses-russian-foreign-policy-put-in-place-by-putin-stooge-n315375*

9 *https://www.nytimes.com/2020/09/05/us/politics/peter-strzok-book.html*

10 *https://www.huffpost.com/entry/kgb-cultivate-trump-asset-putin-russia_n_601621dbc5b6aa4bad34a5d3*

11 *https://abcnews.go.com/Politics/biden-acknowledge-democracy-stress-us-restore-place-global/story?id=75982189*

12 *https://www.middleeasteye.net/opinion/it-smart-biden-engage-china-russia-and-iran-not-viable*

13 *https://truthout.org/articles/bidens-pick-for-secretary-state-helped-lead-the-us-into-the-iraq-war/*

14 *https://www.newsweek.com/what-antony-blinken-said-about-key-foreign-policy-issues-1549404*

15 *https://www.theguardian.com/world/2003/feb/13/iraq.nato*

16 *https://www.cfr.org/article/four-critical-issues-biden-and-europe*

17 *https://www.politico.com/news/2021/02/19/biden-europe-meeting-g7-leaders-470104*

18 *https://www.cfr.org/article/four-critical-issues-biden-and-europettps://www.politico.com/news/2021/02/19/biden-europe-meeting-g7-leaders-470104*

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Das Buhlen der Osteuropäer um die Aufmerksamkeit des Weissen Hauses

von Gerd Brenner, Oberst i. G.

In der zweiten Hälfte des vergangenen Monats überschlugen sich die diplomatischen Strafmassnahmen zwischen Russland und einigen Nato-Staaten förmlich und mündeten in einen eigentlichen Schlagabtausch. Das Ganze spielt sich vor dem Hintergrund eines militärischen Aufmarsches in der Schwarzmeerregion ab, der mit der Durchführung der Nato-Übung «Defender Europe 21» bis in den Juni anhalten wird. Dazu kamen verstärkte Spannungen an der Frontlinie im Osten der Ukraine. Da stellt sich die Frage, was das alles soll und wie weit es noch eskalieren kann.

Hier haben die Waffen gesprochen. Eine im Jahr 2015 in der Nähe des Donezker Flughafens im Donbass zerstörte orthodoxe Kirche. Zerstörung ist das Prinzip des Krieges. Das kann nicht das letzte Wort der Menschheit sein. (Bild Wikimedia/Mstyslav Chernov)

Es begann Mitte April, als US-Präsident *Joe Biden* ankündigte, die USA würden wegen angeblicher Hackerangriffe zehn russische Diplomaten ausweisen. Im Dezember vergangenen Jahres war bekanntgeworden, dass ein massiver Hackerangriff auf Ministerien, Behörden und Firmen in den USA stattgefunden hatte, der monatelang unentdeckt blieb; peinlich für die US-Nachrichtendienste. Die Angreifer hatten sich Zugang zu den Netzen über die vielerorts genutzte Wartungssoftware der Firma *SolarWinds* verschafft. Hinter diesem Angriff vermuten die US-Sicherheitsbehörden Russland.[1] Aus «Solidarität» wies Polen daraufhin weitere drei russische Diplomaten aus; so lautete zumindest die offizielle Begründung. Sollten sich tatsächlich russische Hacker in den US-Wahlkampf eingemischt haben, dann wäre die Ausweisung von Diplomaten eine legitime Reaktion der US-Regierung. Allerdings ist diese bislang einen schlüssigen Beweis schuldig geblieben. Einen solchen Beweis bekommen wir vielleicht auch gar nie zu sehen, weil es eben keinen gibt. Aber es genügt heutzutage ja, unbewiesene Behauptungen zu verbreiten.

Wenn russische Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärt und aufgefordert werden, das Land zu verlassen, weist Russland jeweils dieselbe Anzahl Diplomaten der Gegenseite aus. Erfahrungsgemäss überlegt sich die russische Regierung aber sehr gut, wen sie ausweist. Das wissen wir aus der Ausweisungswelle nach der *Skripal*-Affäre vor der Fussballweltmeisterschaft 2018.[2] Damals achtete Russland sorgfältig darauf, keine Diplomaten auszuweisen, welche für die Zusammenarbeit rund um die Fussball-WM benötigt wurden. Dass Russland im Gegenzug nun fünf und nicht drei polnische Diplomaten auswies, ist ungewöhnlich.[3] Ob die betroffenen Diplomaten tatsächlich ihre Stellung missbrauchten, um Nachrichtendienst zu betreiben, ist dabei auf beiden Seiten unerheblich. Jeder Diplomat schuldet seiner Hauptstadt Berichte. Entscheidend ist, wie weit der Betreffende in seiner Informationsbeschaffung geht.

Kein Zufall ist es wohl, dass Tschechien fast gleichzeitig 18 russische Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärte, wegen einer angeblichen Sabotageaktion des russischen Militärnachrichtendienstes GRU im Munitionslager Vlachovice im Jahr 2014. Damals war ein Munitionslager der tschechischen Armee explodiert, wodurch zwei Menschen ums Leben kamen. Eine grosse Anzahl von Blindgängern in der Umgebung blieb liegen, die in einer aufwendigen Aktion geräumt werden mussten. *Bellingcat* und andere «investigative Journalisten» wollen dieselben Mitarbeiter des russischen Nachrichtendienstes GRU als Urheber der Explosionen in Vlachovice identifiziert haben, welche auch für die angebliche Attacke auf Sergej Skripal verantwortlich sein sollen. Das wirkt alles schon fast grotesk.

Ein Munitionslager als Freizeitpark

Im Lager Vlachovice sollen gemäss Presseberichten aus dem Jahr 2014 chaotische Zustände geherrscht haben: Es fanden offenbar Autorennen, Jagden und Pilzsuche zwischen Patronen, Minen und Granaten statt. Jetzt sieht es eher so aus, als ob die tschechische Republik Russland für ihre eigene Schlamperei verantwortlich machen wolle. Ähnliche Schwarzer-Peter-Spiele kennen wir aus der Ukraine zur Genüge. Russische Diplomaten sind in der Regel drei bis vier Jahre auf einem Posten. Wenn ein Mitarbeiter der russischen Botschaft in Prag sich tatsächlich an einem solchen Sabotageakt beteiligt haben sollte, dann ist er oder sie wohl kaum mehr in der Tschechischen Republik tätig. Die tschechische Begründung wirkt faul.

Bei der Explosion in Vlachovice sollen auch Anti-Personenminen der tschechischen Armee explodiert oder in die Umgebung geschleudert worden sein.[4] Tschechien trat im Jahr 1997 dem *Ottawa-Abkommen* über Personenminen bei und sollte danach keine solchen Minen mehr beschafft haben. Die betroffenen Minen waren damit gut und gerne 20 Jahre alt. Wahrscheinlich stammten sie aber noch aus den Zeiten des Kalten Krieges, waren also mindestens 30 Jahre alt. Die Erfahrung der OSZE zeigt, dass jahrzehntealter Sprengstoff zu spontaner Zersetzung und damit zur Explosion neigt, vor allem, wenn er unsachgemäss gelagert wird. Die OSZE hat deswegen umfangreiche Programme betrieben. Auch in dieser Hinsicht wirkt die tschechische Begründung etwas dünn. Dass Russland darauf 20 und nicht 18 tschechische Diplomaten auswies, ist auch vielsagend.[5]

Aufmarsch auf allen Seiten

Und schliesslich stellt sich die Frage, ob ein Zusammenhang mit den Vorgängen im Donbass besteht, wo die ukrainische Armee in den Tagen nach der Sitzung der Trilateralen Kontaktgruppe der OSZE am 14. April systematisch auf Drohnen der Beobachtermission SMM zu schiessen begann. Trotz dieser Obstruktion beobachtete die OSZE-Beobachtermission just in jenen Tagen eine grosse Anzahl schwerer Waffen an den Bahnhöfen nahe der Frontlinie im Donbass. Sie vermochte aber nicht abzuklären, ob es sich dabei um Verstärkungen zugunsten der ukrainischen Regierungstruppen handelte oder um Truppentransporte im Rahmen der Ablösung von Truppen an der Front. In Donezk und Luhansk wird man vorsichtshalber von ersterem ausgegangen sein. Möglicherweise war es auch die ukrainische Armee, welche den GPS-Empfang der Drohnen derart stark störte, dass diese teilweise gar nicht starten konnten und dass eine davon abstürzte.[6] Das ist ungewöhnlich, denn bislang waren GPS-Störungen eher begrenzt vorgekommen und auf beide Seiten der Front verteilt gewesen. Die Ukraine versuchte offenbar, die OSZE-Beobachter zu blenden.

Gleichzeitig führte die Nato ein grosses Seemanöver im Schwarzen Meer durch. Als Gegenmassnahme gegen die massive westliche Marinepräsenz beorderte das russische Verteidigungsministerium zusätzliche Kriegsschiffe vor die Krim. Die Kaspische Flottille verlegte unter anderem auch *Bujan*-Korvetten, die mit *Kalibr*-Lenkwaffen ausgerüstet sind, ins Schwarze Meer. Diese Waffen können über weite Distanzen sowohl gegen Seeziele als auch gegen Ziele an Land eingesetzt werden. Der Westen ist gut beraten, diese kleinen Schiffe ernstzunehmen. Russland hat nun bewiesen, dass es diese Schiffe auf seinen Kanälen und Flüssen schnell verlegen kann. Die politische Botschaft ist klar: Russland kann sich zur Not sehr wohl verteidigen. Auf dem Höhepunkt der Spannungen verzichteten die USA auf die Entsendung von zwei weiteren Kriegsschiffen ins Schwarze Meer.[7]

Wenige Tage zuvor waren Informationen über russische Truppenbewegungen an der Grenze zur Ukraine und auf der Krim verbreitet worden.[8] In der Tat verlegte die russische Armee Luftlandetruppen aus dem Westen des Landes, aus dem Raum Moskau und aus dem Ural nach Südrussland und auf die Krim. Russland bewies, dass nicht nur die Nato grosse Truppenverbände rasch verlegen kann, und zeigte, dass es sich nicht einschüchtern lässt. Das daraus resultierende Geschrei von seiten der Ukraine kennen wir aus früheren Jahren. Die russischen »snap-exercises» gingen in der Vergangenheit jeweils über die Bühne, ohne dass die panischen Bedrohungsszenarien der östli-

Fortsetzung auf Seite 6

Europa ist ein Kriegsspielfeld für die US-/Nato-Strategie

von Manlio Dinucci, Italien

Manlio Dinucci (Bild zvg)

Im Jahr 2020 wurde die Mobilität der Menschen zu Lande in der Europäischen Union durch Schliessungen lahmgelegt, vor allem durch die Blockade des Tourismus. Dasselbe geschah bei der Mobilität im Flugverkehr: Laut einer Studie des Europäischen Parlaments (März 2021) erlitt sie einen Nettoverlust von 56 Milliarden Euro und 191 000 direkten Arbeitsplätzen, plus über eine Million in verwandten Branchen. Der Aufschwung im Jahr 2021 verspricht sehr problematisch zu werden.

Nur ein Sektor hat seine Mobilität gegen den anhaltenden Trend stark erhöht: der Militärsektor.

Derzeit ziehen etwa 28 000 Soldaten in Europa mit Panzern und Flugzeugen von einem Land zum anderen: Sie nehmen an *Defender-Europe 21* teil, der Grossübung der US-Armee (nicht der Nato) in Europa, an der 25 europäische Alliierte und Partner beteiligt sind. Italien nimmt daran nicht nur mit seinen Streitkräften, sondern auch als Gastland teil. Gleichzeitig beginnt in Kürze die Nato-Übung *Steadfast Defender*, an der über 9000 US-amerikanische und europäische Soldaten, darunter auch italienische, teilnehmen. Sie stellt den ersten grossangelegten Test für die beiden neuen Nato-Kommandos dar: Das *Joint Force Command* mit Sitz in Norfolk (USA) und das *Joint Support Command* mit Sitz in Ulm (Deutschland). Die «Mission» des Norfolk-Kommandos ist «der Schutz der Atlantikrouten zwischen Nordamerika und Europa», die laut Nato durch russische U-Boote bedroht wären; die «Mission» des Ulmer Kommandos ist «die Sicherstellung der Truppenmobilität über die europäischen Grenzen hinweg, um eine schnelle Verstärkung des Bündnisses an der Ostfront zu ermöglichen», die laut Nato durch russische Kräfte bedroht wäre.

Für diese zweite «Mission» spielt die Europäische Union eine wichtige Rolle, da die US-Armee die Einrichtung eines «militärischen Schengen-Raums» fordert. Der von der Europäischen Kommission 2018 vorgestellte Aktionsplan zur militärischen Mobilität sieht vor, «Infrastrukturen (Brücken, Eisenbahnen und Strassen), die nicht für das Gewicht oder die Grösse schwerer Militärfahrzeuge geeignet sind», zu modifizieren. Wenn zum Beispiel eine Brücke das Gewicht einer 70-Tonnen-Panzerkolonne nicht tragen kann, muss sie verstärkt oder neu gebaut werden. Nachdem die EU-Verteidigungsminister (*Lorenzo Guerini* für Italien) zunächst rund 2 Milliarden Euro für diesen Zweck vorgesehen hatten – öffentliche Gelder, die von den Sozialausgaben abgezogen werden –, beschlossen sie am 8. Mai, die USA, Kanada und Norwegen in den EU-Plan für militärische Mobilität einzubeziehen. Nato-Generalsekretär *Stoltenberg*, der bei dem Treffen anwesend war, betonte, dass «Nicht-EU-Bündnispartner eine wesentliche Rolle beim Schutz und der Verteidigung Europas spielen». Auf diese Weise übernimmt die Nato (21 von 27 EU-Ländern sind Nato-Mitglieder), nachdem sie die EU beauftragt hat, die Umstrukturierung der europäischen Infrastrukturen für militärische Zwecke durchzuführen und zu bezahlen, tatsächlich die Verwaltung des «militärischen Schengen-Raums».

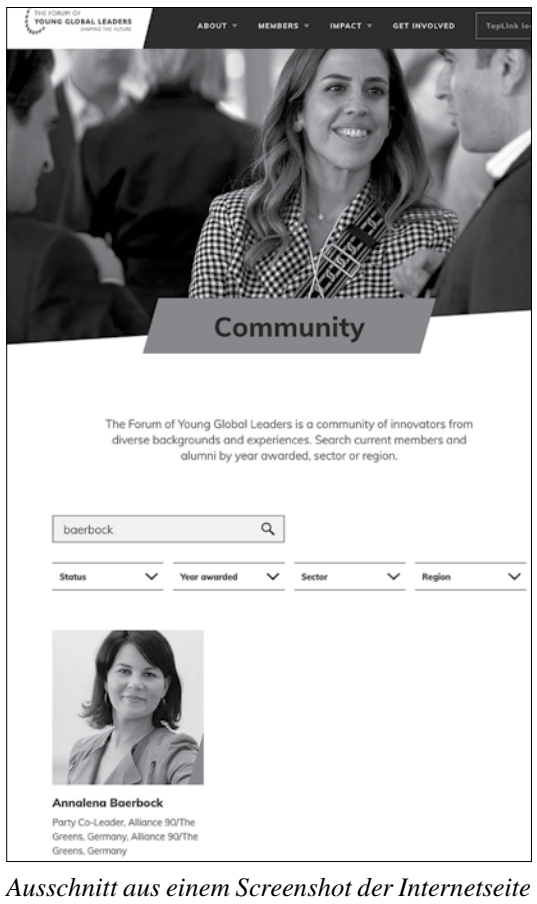
In der zum Exerzierplatz umfunktionierten europäischen Region wird die Anpassung der Infrastruktur an die Mobilität der US-/Nato-Streitkräfte in Kriegsversuchen getestet, die «die Verlegung von Land- und Seestreitkräften aus Nordamerika in die Schwarzmeerregion» beinhalten. Sie dienen – um Stoltenbergs Worte zu zitieren – dazu, «zu demonstrieren, dass die Nato die Fähigkeit und den Willen hat, alle Verbündeten vor jeder Bedrohung zu schützen». Die Art der «Bedrohung» wurde auch von den Aussenministern der G7 (Vereinigte Staaten, Kanada, Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Japan) deklariert, die sich am 5. Mai in London trafen. Die sieben Minister (*Luigi Di Maio* für Italien) warfen Russland unter Umgehung der Tatsachen «unverantwortliches und destabilisierendes Verhalten, die illegale Annexion der Krim, das Aufmarschieren von Streitkräften an der Grenze zur Ukraine, den Einsatz von Chemiewaffen zur Vergiftung von Gegnern, böswillige Aktivitäten zur Untergrabung des demokratischen Systems anderer Länder und die Bedrohung der regelbasierten internationalen Ordnung» vor. Die Tatsache, dass die G7 diese Anschuldigungen mit den gleichen Worten formulierten, die vom Pentagon verwendet und von der Nato wiederholt wurden, bestätigt die Existenz der gleichen Matrix in der Strategie der Spannung, die Europa in eine immer gefährlichere Situation drängt. •

Quelle: *il manifesto* vom 11.5.2021
(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Wer profitiert davon, wenn «Frechheit siegt»?

von Karl-Jürgen Müller

Luisa Neubauer gilt als «das deutsche Gesicht» von «Fridays for Future». Sie ist Jahrgang 1996, seit 2016 Mitglied von *Bündnis 90/Die Grünen* und wird derzeit vom «Mainstream» sehr umworben. Am 9. Mai 2021 durfte sie als Konterpartner des CDU-Kanzlerkandidaten *Armin Laschet* bei «Anne Will» im Deutschen Fernsehen auftreten. Woraufhin die «Frankfurter Rundschau» am Morgen danach schrieb: «Luisa Neubauer knöpft sich Laschet vor». Die «Neue Zürcher Zeitung» titelte am selben Tag: «Luisa Neubauer von Fridays for Future ist mit ihrem Redetalent ein Glücksfall für die Klimaschutzbewegung.» Und als Fussnote war zu lesen: «Luisa Neubauer ist am 6. Juni zu Gast bei ‹NZZ Unplugged› im *Kaufleuten* Zürich zum Thema ‹Klimarealität – versagt die Politik?› Im persönlichen Gespräch mit *Peer Teuwsen*, Leiter Kultur der *NZZ am Sonntag*, spricht sie *über die drängendsten Fragen unserer Zeit*.» [Hervorhebung km] Und nicht zuletzt: Der *Wikipedia*-Eintrag über ihre Person hat mittlerweile einen Umfang von 13 Seiten mit 56 Fussnoten – Stand: 10. Mai 2021.



Ausschnitt aus einem Screenshot der Internetseite https://www.younggloballeaders.org/community?utf8=%E2%9C%93&q=baerbock

Bei «Anne Will» zeichnete sich Frau Neubauer vor allem durch eines aus: polemische, wenig haltbare und vor allem scharfe Attacken auf Armin Laschet. Wohl genau dafür war sie von Frau *Will* eingeladen worden, die offensichtlich wenig Sympathien für den Kanzlerkandidaten der CDU hegt und sehr genau weiss, was «freche Gören» bewirken können, auch wenn sie schon über 20 sind. «Frechheit siegt!», diesen Eindruck konnte man in der Tat gewinnen; denn man konnte beobachten, wie sich alle Teilnehmer der Talk-Runde um die junge Dame bemühten und sich um so mehr auf sie ausrichteten, je schärfer ihre Attacken wurden.

Nun könnte man dies alles als Anekdote aus einer verrückt gewordenen Medienwelt abtun. Indes ist das alles auch irgendwie symptomatisch für eine Zerrüttung dessen, was eine gemeinwohlorientierte politische Kultur und insbesondere Gesprächskultur auszeichnen sollte: nämlich eine gemeinsame, der anderen Meinung und dem Gegenüber mit Respekt begegnende Suche nach realisierbaren Lösungen für konkrete Probleme. Haben sich die Menschen schon daran gewöhnt, dass es in allen Lebensbereichen – von der Familie bis hin zur Weltpolitik – immer nur um Sieg oder Niederlage gehen soll? Und dass es immer auf Kosten anderer gehen soll, wenn man selbst «gut» dastehen will? Und dass fast alle Mittel «recht» sein sollen, wenn am Ende der «Erfolg» steht?

Eine solche Gewöhnung täte keinem Land gut, auch Deutschland nicht. Die öffentlichen und privaten Klagen über eine zunehmende Polarisierung haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Es gibt auch Menschen, die tatsächlich etwas dagegen tun. Nur: Deutschland befindet sich mittlerweile im Dauerwahlkampf. Frau Neubauers Auftritt bei «Anne Will» hat einen Vorgeschmack darauf gegeben, was das Land in den nächsten Wochen und Monaten zu erwarten hat. Die deutschen Grünen haben die Machtfrage gestellt. Sie streben die Macht mit allen Mitteln an. – Bis jemand entschlossen genug «Halt-Stopp!» ruft.

PS: Eine der unbewiesenen Behauptungen von Luisa Neubauer im Wortgefecht mit Armin Laschet war, *Hans-Georg Maaßen*, Bundestagskandidat der CDU in einem Thüringer Wahlkreis und noch bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, verbreite «antisemitische und rassistische Inhalte». Einen Beleg für ihre heftige Behauptung nannte Frau Neubauer nicht. In den Tagen danach sprangen ihr allerdings zahlreiche Mainstream-Medien mit zum Teil kruden Konstruktionen bei.

Tatsache ist, dass Hans-Georg Maaßen am 16. November 2020 getwittert hatte: «Interessantes Buch von Herrn *Schwab* zum ‹Great Reset›. Ich habe Zweifel, dass sich seine Träume auf der Basis des GG [Grundgesetzes] realisieren lassen. Ein ‹Great Reset›, der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte ignoriert, dürfte verfassungsfeindlich sein, auch wenn er gutgemeint ist.» Hinzu kommt, dass Maaßen die deutsche Klimapolitik mit den Worten beurteilt hatte, Deutschland habe «schon zweimal versucht, die Welt zu retten – und das ist jedes Mal schiefgegangen». All das wird

Frau Neubauer und ihrer Partei nicht gefallen haben.

Frau Neubauer war übrigens auch schon Gast bei *Klaus Schwab* in Davos. Und die Kanzlerkandidatin ihrer Partei wurde bis vor kurzem als Mitglied im «Forum of Young Global Leaders» des WEF geführt.

In Deutschland hört man jetzt öfter, das Land brauche frischen Wind, und deshalb sei es gut, wenn Frau *Baerbock* Kanzlerin werde. Sicher wäre es gut, auch darüber nachzudenken, woher der Wind weht und vor allem, wohin er wehen will. •

«Das Buhlen der Osteoropäer um die …»
Fortsetzung von Seite 5

chen Nato-Mitgliedsländer Wirklichkeit geworden wären.[9] Die Ukrainer seien daran erinnert, dass es ihre US-Verbündeten waren, welche die Instrumente der Verifikation in den letzten Jahren schwächten, zum Beispiel den *Vertrag über den offenen Himmel* (open skies treaty), und die das Wiener Dokument missbrauchten. Jetzt werden die Russen sich eine Rückkehr an den Verhandlungstisch mit Zugeständnissen bezahlen lassen.

Und vor diesem Hintergrund spielt sich der Kampf um die Macht in Belarus ab. Mit der Festnahme zweier potentieller Putschisten in Russland sei ein geplanter Staatsstreich gegen den belarussischen Präsidenten *Lukaschenko* verhindert worden, gab Russlands Präsident *Putin* kürzlich bekannt.[10] Im Rahmen dieses Staatsstreichs sei auch die Ermordung Lukaschenkos und seiner Familie geplant gewesen. Von unabhängiger Seite sind solche Informationen natürlich nicht zu überprüfen. Klar ist aber, dass der Westen in der Person der *Swetlana Tichanowskaja* in Vilnius eine Thronprätendentin in Stellung gebracht hat und dort auf lange Frist hinaus finanzieren wird. Die politische Unerfahrenheit der Tichanowskaja kommt dem Westen dabei zugute, denn Brüssel und Washington suchen eine willfährige, populäre Figur, welche sie nach Belieben manipulieren können. Lukaschenko glaubte in der Vergangenheit, er könne gleichzeitig mit dem Westen und mit Russland Geschäfte machen. Ein ähnliches Ansinnen vereitelte die EU schon 2013 im Fall der Ukraine, und es ist mit den antirussischen Sanktionen der EU noch unrealistischer geworden.

Bewertung

Wie sind diese Vorgänge zu bewerten? Wenn zwischen ihnen ein Zusammenhang besteht, dann besteht eine plausible Interpretation darin, dass die osteuropäischen Freunde der Ukraine versuchten, die Spannungen anzuheizen, um die USA zu mobilisieren, die bislang nicht die Unterstützung boten, die man sich erhofft hatte.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Ukraine frustriert ist über die – in ihren Augen – ungenügende Hilfe seitens der Administration Biden. Diese ist aber vorerst bestenfalls für verbale und »logistische» Hilfe in Form von Waffenlieferungen zu haben. Trotz grossspuriger Erklärungen ist noch keine US-Regierung in den Krieg gegen Russland gezogen, um der Ukraine die Krim zurückzugeben. Die Administration Biden wird darin keine Ausnahme machen. Der Ukraine mangelt es an internationaler Unterstützung, sie ist de facto isoliert. Ihre Bemühungen, Europa um der Krim und des Donbass willen in einen Krieg zu ziehen, blieben bislang fruchtlos.

Die grossen Scharfmacher gegen Russland sitzen in Kanada mit der dortigen ukrainischen Diaspora, in Polen und im Baltikum. Die Diplomaten dieser Länder treten besonders scharf auf und überbieten sich geradezu in Loyalitätsbekundungen an die Adresse Brüssels und Washingtons. In Warschau, Vilnius und Riga gibt es genügend Leute mit einem unstillbaren Verlangen, sich jeder US-Administration anzudienen. In den USA hingegen gibt es ein starkes Segment in der Politik, dass der ewigen Interventionen quer durch die Welt müde ist. Diese Leute haben *Trump* gewählt und werden hoffentlich die USA in den kommenden Jahren von weiteren völkerrechtswidrigen Interventionen abhalten.

Seit Jahren fahren die USA einen aussenpolitischen Zickzack-Kurs. Dieser war schon lange zu beobachten, spätestens seit dem Beginn der Präsidentschaft Trumps. Weisses Haus, State Department und der Kongress fahren jeweils ihre eigene Linie. Gleichzeitig versuchen die Amerikaner, ein Gipfeltreffen zwischen Joe Biden und Wladimir Putin in Wien zu arrangieren, das im kommenden Juni stattfinden soll. Ob dieses Gipfeltreffen tatsächlich zustande kommt, ist derzeit noch völlig offen. Die USA sind kein verlässlicher Partner in der internationalen Politik mehr, und die EU überschätzt ihren Einfluss in der Welt gewaltig. Weshalb sollte Putin Biden oder *von der Leyen* sprechen wollen?

Deutschland ist bislang in Sachen *Nord Stream 2* standhaft geblieben. Wenn die Amerikaner ihr Gas an Deutschland verkaufen wollen, dann sollen sie es zu günstigeren Konditionen als Russland anbieten. Deutschland will sich aus verschiedenen Quellen versorgen. Das ist legitim. Solange *Alexej Nawalny* im russischen Zuchthaus am Leben bleibt, wird Deutschland voraussichtlich an Nord Stream 2 festhalten.

Unter dem Druck der nationalistischen Rechten hat sich der ukrainische Präsident *Wladimir Selenski* in eine schwierige Situation manövriert: Gewählt, um ein Ende des Kriegs im Donbass herbeizuführen und das Verhältnis zu Russland zu entspannen, machte er beim Säbelrasseln mit. Jetzt bleibt ihm nur noch die Wahl zwischen einer militärischen Katastrophe und einem schweren Prestigeverlust. Deshalb versucht auch Selenski, Wladimir Putin zu einem Gipfeltreffen zu bewegen, in der Hoffnung, dass dieser ihm eine Lösung anbietet, die ihm einen Gesichtsverlust erspart. Putin wird sich so ein Treffen mit politischen Konzessionen bezahlen lassen. Insbesondere hält er die alte Forderung aufrecht, dass die ukrainische Regierung erst ihre Probleme in der Ostukraine in direkten Verhandlungen mit den Volksrepubliken Donezk und Luhansk lösen solle. Vorher gibt es keinen Grund zu einem neuen Gipfeltreffen. Direkte Gespräche mit den Abtrünnigen in Donezk und Luhansk werden die extremen Nationalisten in der Ukraine Selenski nicht erlauben.[11] Damit bleib Selenski vorerst weiter unter Druck.

Russland blieb in allen diesen Turbulenzen beherrscht, hielt aber dagegen. Geschrei über einen bevorstehenden Krieg und über eine russische Bedrohung Europas kann man gelassen zur Kenntnis nehmen: Die Nato-Verteidigungsminister verspüren eben das Bedürfnis zu demonstrieren, dass sie gebraucht werden. •

---

1 siehe u.a. *https://www.n-tv.de/politik/USA-weisen-zehn-russische-Diplomaten-aus-article22492653.html*

2 siehe u.a. *https://www.waz.de/politik/kommt-der-wm-boykott-so-straft-die-welt-russland-ab-id213856129.html; https://www.spiegel.de/politik/ausland/sergej-skripal-islands-politiker-boykottieren-fussball-wm-in-russland-a-1200007.html*

3 siehe u.a. *https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-ausweisung-diplomaten-1.5267520*

4 siehe u.a. *https://www.welt.de/politik/ausland/article230471697/Tschechien-weist-wegen-Explosion-18-russische-Botschaftsmitarbeiter-aus.html?cid=onsite.onsitesearch*. Zu den Zuständen im Munitionslager Vlachovice siehe *https://www.welt.de/vermischtes/weltgeschehen/article135319344/Das-wohl-unsicherste-Munitionslager-Tschechiens.html*

5 siehe u.a. *https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_89868976/vergeltungsaktion-russland-weist-tschechische-diplomaten-aus.html*

6 vgl. *https://www.osce.org/files/2021-04-17%20Daily%20Report_.pdf?itok=80371; https://www.osce.org/files/2021-04-16%20Daily%20Report.pdf?itok=98877; https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/483149* und weitere Daily Reports der SMM

7 *https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kriegsschiffe-der-usa-fahren-doch-nicht-ins-schwarze-meer-17294349.html. https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russland-schickt-15-kriegsschiffe-ins-schwarze-meer-17298421.html*

8 siehe u.a. *https://www.dw.com/de/russische-truppen-an-der-grenze-zur-ukraine-machtdemonstration-oder-bevorstehende-invasion/a-57112211*

9 Ein solcher Fall war die Übung «ZAPAD-17» in Belarus gewesen.

10. *http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/65418*

11. Mercouris, Alexander. «Despite Russia's Rebuff Desperate Zelensky Says Is ‹Arranging› Summit With Putin», in: *The Duran* vom 27.4.2021; *https://theduran.com/despite-russias-rebuff-desperate-zelensky-says-is-arranging-summit-with-putin/*

Zeit-Fragen
Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts
Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*
Chefredaktion: Erika Vögeli
Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach
CH-8044 Zürich
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch
Internet: www.zeit-fragen.ch
Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4
D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW
IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05
A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599
Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.
© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Doktrinäres «Kauderwelsch» oder verständliche Sprache?

Der Gender-Neusprech führt zu sprachlicher Verarmung und ideologischer Zensur

von Dr. Peter Küpfer, Germanist

*«Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode.» Man wird angesichts der aktuellen Verrenkungen mit der angeblich gerechten «Gender-Sprache» oft an diese Redewendung aus Shakespeares Hamlet erinnert. Ein gutes Mass Tollheitspotential haben die angestrengten Sprachverdrehungen tatsächlich, die heute Lehrern (Entschuldigung: Lehrpersonen), Politikern (Entschuldigung: Politikerinnen und Politikern), und Journalisten (Entschuldigung: Journalist*innen) zugemutet und überall durchgesetzt werden. Methodisch ist dabei die Vorgehensweise: Durch Wiederholung und Einhämmerung soll die Sprachgemeinschaft an diese systematische Verhunzung unserer Sprache «gewöhnt», ja, umerzogen werden. Das erinnert an vergleichbare Vorgänge: Drogengenuss wird solange als Menschenrecht propagiert, bis diejenigen Unmenschen sind, die davor warnen. Gewalt gegen Sachen und gegen Polizisten wird solange als leichter Verstoss beschrieben, bis er zu den in jüngerer Zeit gehäuften Gewaltexzessen führt. Wir haben uns in den letzten Jahren an viel methodisch durchgesetzten sprachlichen Schlendrian gewöhnen müssen. Zu tolerieren ist er trotzdem nicht, denn er stammt, wie jede obrigkeitlich durchgesetzte Sprachzensur, aus einer zutiefst intoleranten Gesinnung.*

Expertengruppen, offizielle Empfehlungen und verschiedene, bisher ungewohnte, oft selbsternannte Instanzen einer eigentlichen Sprachüberwachung schiessen aus dem Boden. Wer modern sein will, muss sich einem neuen Ritual anpassen, der sogenannten «gendergerechten Sprache». In den gesprochenen Nachrichten erfahren wir heute auf praktisch allen Sendern nicht mehr, dass die Neuseeländer zufrieden sind mit ihrer Regierung. Es sind nämlich nicht die Neuseeländer, sondern – Sie haben es geahnt – die Neuseeländerinnen und die Neuseeländer. Wo es bei Arzneimittelwerbungen früher hiess «… fragen Sie Ihren Arzt oder Ihren Apotheker» heisst es heute «… fragen Sie Ihre Ärztin oder Ihren Arzt oder Ihre Apothekerin oder Ihren Apotheker».[1] Das führt in der Sache zu gar keiner zusätzlichen oder genaueren Information, sondern verlängert und verkompliziert unnötigerweise die Mitteilung. Radiosprecher machen, da es ihnen selbst als zu lange und kompliziert vorkommt, nun eine Kunstpause dort, wo im Schriftlichen das Sternchen platziert wird – unnötige, seltsame und den Sprachfluss hemmende Verbeugung vor der sprachlichen Unvernunft. Sie bedeutet nichts anderes als die Akzeptierung der ideologisch motivierten Sprachverbiegung.

Die sogenannt gendergerechte Sprache hat nämlich einen klar politisch-ideologischen Hintergrund. Sie wurde im deutschen Sprachraum von Exponentinnen (hier gilt mit Absicht und zu Recht die weibliche Form!) der grün-linken Bewegung in die Debatte geworfen. Eine ihrer Pionierinnen ist die scharfzüngige linguistische Feministin *Luise Pusch*, die schon ab den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts gegen «den sprachlichen männlichen Grössenwahn» wetterte und der «männlich dominierten» Sprache «sprachtherapeutische Massnahmen» aufoktroyierte.[2] Deshalb findet sie komplizierte Sprachverdrehungen als gerechte Strafe für die angeblich typisch männliche Sprachdominanz. Sie fand in Vertreterinnen einer feministischen Grammatik des Deutschen willige Nachfolgerinnen. Heute ist dieser politisch motivierten Bewegung ein Teilsieg sicher. Satzungetüme wie die folgenden sind heute in vielen, sogar amtlichen Dokumenten Standard geworden: «Nicht jede oder jeder toleriert einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin, der/die ihre/seine Kolleginnen oder Kollegen in männlich dominierter Sprache anspricht.» Oder, weil es da auch eifrigen Neusprech-Pflegern zu dumm wird beim Schreiben, das gleiche im weder les- noch sprechbaren Sternchen-System: «Nicht jede*r toleriert eine*n Mitarbeiter*in, die*der ihre*seine Kolleg*innen in männlich dominierter Sprache anspricht.»

Dieser heute in vielerlei Formen anzutreffenden Verrenkung der Sprache liegt eine sprachwissenschaftlich nicht haltbare ideologische Annahme zugrunde, auch eine hartnäckig aufrechterhaltene Verwechslung.

Das grammatische Geschlecht hat mit dem biologischen nichts zu tun!

Dem ganzen modernen Murks mit der Sprache liegt ganz einfach die systematische Verwechslung des grammatischen Geschlechts eines Nomens mit dem biologischen Geschlecht des gemeinten Lebewesens zugrunde. Vor einigen Jahren konnte man noch ganz selbstverständlich Sätze wie die folgenden sagen und schreiben: «Die Kantonsschüler stammen im Kanton Zürich vor allem aus den Gemeinden mit hohem Lebensstandard.» Dass man damit nur die männlichen jungen Leute meinte, wäre niemandem in den Sinn gekommen, zumal wir heute in der Schweiz deutlich mehr weibliche Kantonsschüler haben als männliche.

Zur Hauptbegründung der Gender-Manie in der deutschen Sprache stand aber die von ihren Vertreterinnen absichtlich in die Welt gesetzte Verdrehung, wer von Schülern, Lehrern, Politikern oder Teilnehmern spreche, meine ausschliesslich die männlichen Exemplare dieser Vielheiten. Dass dies Mumpitz ist, kann jeder Deutschsprechende selbst nachvollziehen, man muss da kein Sprachwissenschaftler sein.

Viele Sprachen kennen beim Nomen (Substantiv) ein grammatisches Geschlecht (in der Grammatik das Genus genannt), andere nicht. Das Deutsche hat beim Nomen drei Geschlechter oder Genera, maskulin (männlich), feminin (weiblich) und neutral (sächlich): der Mond, die Sonne, das Fenster. Die romanischen Sprachen kennen beim Nomen nur zwei grammatische Geschlechter (maskulin und feminin) und das Englische nur eines. Das Nomen bezeichnet alle Lebewesen, Dinge und Sachverhalte, die es auf der Welt gibt, auch die Menschen.

Es sieht jeder, der bei Verstand geblieben ist, dass das grammatische Geschlecht der Substantive oder Nomen eine recht zufällige Angelegenheit ist. Es gibt keinen Grund, warum «der Baum» im Deutschen ein männliches Substantiv ist, und «die Blume» weiblich. In den romanischen Sprachen ist «der Mond» weiblich (la lune, la luna), «die Sonne» männlich (le soleil, il sole), aus offensichtlich unterschiedlicher Deutung dieser Naturphänomene (für die romanischen Völker war entscheidend, dass die Römer in der Sonne eine männliche Gottheit sahen, die germanischen jedoch eine weibliche).

Nun gibt es bei der Gattung Mensch auf der ganzen Welt nur zwei Geschlechter: die männlichen und die weiblichen (nicht vier oder unendlich viele, sonst hätte die Gattung Mensch nicht überlebt). Es ist auch bei Menschen nicht so, dass es beim grammatischen und biologischen Geschlecht eine völlige Kongruenz zwischen Genus und Sexus gäbe. Etwas so Weibliches wie «das Weib» ist zum Beispiel im Deutschen als Nomen neutral. Etwas so klassisch Männliches wie «eine Schildwache» aber feminin: die Wache. Auf Französisch heisst ein Rekrut «une recrue», ohne dass der Betreffende zu einer ärztlichen Geschlechtsbestimmung aufgeboten würde.

Die Argumentation der neuen Sprachlenkerinnen geht anders. Sie attackieren die Berufs-, Funktions- und Gruppenbezeichnungen in der menschlichen Gesellschaft, die grammatisch meistens männlichen Geschlechts sind: der Arzt, der Schuster, der Frisör, der Beamte, der Funktionär, die auch in ihrer Pluralform männliche Endungen haben (-er): die Maurer, die Handwerker, die Schweizer, die Politiker, als Ausdruck nicht zu tolerierender sprachlicher Dominanz der Männer, seit Jahrhunderten als angelblich ideologische männliche Vorherrschaft in der Sprache verankert, und haben deshalb zum Kampf gegen das sogenannte «generische Maskulinum» aufgerufen. Dem liegt die willkürliche, jedem grammatischen Sachverstand fremde und irrige Meinung zugrunde, wer in der deutschen Sprache «die Schweizer», «die Ärzte» oder «die Frisöre» sage, meine damit ausschliesslich die männlichen Exemplare dieser Gattung. In Wahrheit wird dieses generische Maskulinum (die Schweizer) eben gerade dann gebraucht, wenn es nicht darum geht, eine Gruppe von Menschen nach ihrem biologischen Geschlecht zu unterscheiden. Darin sehen militante Sprach-Feministen eine schreiende Ungerechtigkeit.

Überflüssiger Kampf gegen das angeblich «sexistische» generische Maskulinum

Das ist ein Irrtum und eine Unterstellung. Das generische Maskulinum ist eine rein grammatische Erscheinung und hat mit Biologie nichts zu tun. Es bezeichnet ganz einfach Angehörige, männliche und weibliche, einer bestimmten Gruppe, häufig bei Berufsbezeichnungen und in Rechtstexten. Wer noch vor einigen Jahren geschrieben hat, die Schüler seien in unseren Zeiten selbstbewusster geworden und die Lehrer zurückhaltender in der Durchsetzung einer gewissen Disziplin, hat damit in keiner Weise ausdrücken wollen oder ausgedrückt, dass er damit ausschliesslich nur die männlichen Schüler und männlichen Lehrer meinte.

Bis zu den heutigen, von ideologisch aufgeregten Kreisen der Sprachgemeinschaft uns allen aufgezwungenen Verrenkungen hiess die Verwendung des generischen Maskulins, dass man von einer Gruppe von menschlichen Wesen spreche (quasi soziologisch), eben gerade unabhängig von ihrem biologischen Geschlecht, man kann es nicht genug wiederholen. Wenn man dagegen ausschliesslich weibliche Angehörige speziell meinte, sprach man ganz natürlich von Schülerinnen oder Lehrerinnen. Wenn eine Frau eine Auseinandersetzung in ihrem Mietverhältnis hat und in ihrem Mietvertrag feststellt, dass immer vom Vermieter und dem Mieter die Rede ist, nie aber von der Mieterin, kann sie die Geltung dieses Vertrages nicht mit dem Argument in Frage stellen, sie sei als Frau mit der Bezeichnung «Mieter» nicht gemeint. Das Gesetz gilt für alle, es unterscheidet bei allgemeinen Rechtssetzungen in der Regel nicht zwischen Mann und Frau. Ein Mietvertrag gilt, ganz gleich, ob es auf eine Frau oder einen Mann angewendet wird.

Unverständlich, ja, empörend ist, dass der deutsche *Duden*, bisher auf der ganzen Welt respektiertes Referenzwerk für alle, die sich schriftlich korrekt auf Deutsch ausdrücken wollen, die ideologisch motivierte Sprachveränderung offensichtlich mitträgt. In seinem Band «Rechtschreibung» kann man in der Online-Version zum Beispiel beim Begriff «Mieter» die folgende Kurzdefinition lesen: «männliche Person, die etwas gemietet hat». Das ist nicht nur Unsinn, sondern verdreht alles. Gibt man weiter den Begriff «Mieterverein» ein, dann steht dort: «Verein, in dem Mieter zur Vertretung ihrer Interessen zusammengeschlossen sind». Nach dieser neuen Logik definiert dann also der Rechtschreibeduden einen Mieterverein als ausschliesslich männliche Gesellschaft, was den ganzen Irrsinn illustriert.

Dass man heute gegenüber jedem, der das generische Maskulinum verwendet, den Totalverdacht erhebt, er benutze eine frauenverächtliche Ausdrucksweise, hat Gründe, die man nicht von der Sprache, und schon gar nicht von der Grammatik her erklären kann.

Meine Generation hat noch in der Schule gelernt, dass diktatorische Regimes auch die Sprache mit strengen Vorschriften an «neue Wirklichkeiten» anpassen. Beispiele gaben der nationalsozialistische sowie der ostdeutsche Neusprech zur Genüge.

In *George Orwells* berühmtem Roman «Die Farm der Tiere» (es handelt sich dabei um eine grimmige Karikatur moderner Gewaltherrschaften, insbesondere derjenigen von *Stalin*) führt der Autor lückenlos den Nachweis, wie das diktatorische Regime der Schweine seine neue Herrschaft nicht nur mit Verordnungen regelt, sondern es auch durch eine von oben diktierte Sprache festigt. Hiess es zu Beginn, nach der Vertreibung des tierschinderischen Farmers auf der angeblich gemeinschaftsorientiert geführten Farm noch «Alle Tiere sind gleich», so ändert sich diese Devise, nachdem die Schweine ihre Vormachtstellung schrittweise ausgebaut hatten, in die neue Parole: «Alle Tiere sind gleich, aber manche sind gleicher.» Die sprachliche Vergewaltigung («gleich» kann man nicht steigern, entweder sind alle gleich, oder sie sind es nicht), folgt der wirklichen (die Revolutionsführer wurden Ausbeuter) auf dem Fuss.

Zwischenmenschliches Verständnis ist kein Resultat von Sprachzensur

Wie bei allen menschlichen Verhältnissen entsteht Verstehen aus Kenntnisnahme, Einfühlung und Anteilnehmen. Wenn sich Sprechende (und Schreibende) nicht mehr darauf verlassen können, dass ihr Zuhörer (Leser) sich Mühe gibt, zu verstehen, was sie sagen, ist die menschliche Kultur des Miteinander-Lebens zutiefst gefährdet. Sprache spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Für das, was wir leben, stehen prägende Begriffe zur Verfügung. Wenn wir Neues erfahren, schaffen wir sie uns oder geben ihnen eine aktuelle Bedeutung: Pandemie, Lockdown, Internet, Patchwork-Familie, Handy usw.

Dass nur schon diese Beispiele zeigen, wie stark dabei heute der englisch-amerikanische Einfluss ist, mag einige verdriessen, ist aber nicht zu bekämpfen. Sprache erobert sich das Neue, baut es ihren Baugesetzen zufolge ein. Dass Berufsbezeichnungen im Deutschen so oft auf die Nachsilbe «-er» enden, ist nicht männliche Vorherrschaft oder Missachtung der Frauen. Es hat sich in unserer Geschichte so ergeben, dass Berufe während Jahrhunderten fast ausschliesslich von Männern ausgeübt wurden. Ein Handwerker war eben früher meistens ein Mann, der mit den Händen arbeitete, ein Maurer einer (ein kräftiger), der Mauern bauen konnte, und ein Schuster einer, der die Fertigkeit hatte, Schuhe herzustellen. Die Handwerkerinnen sind auch heute bei uns immer noch eher selten, die Maurerinnen noch mehr, und einer Schusterin bin ich in meinem ganzen Leben noch nie begegnet, obwohl das sicher ein Beruf ist, den Frauen auch bei uns meisterhaft ausüben könnten, wenn sie es denn wollten. Den Rezepten der «frauengerechten» Sprache zu folgen, kann hier nur Verwirrung stiften.

Fortsetzung auf Seite 8

Tomas Kubelik: Genug gegendert! Eine Kritik der feministischen Sprache[1]

pk. Der österreichische Germanist und Gymnasiallehrer *Tomas Kubelik* legt mit dieser fundierten und gut zu lesenden Schrift Grundlegendes vor. Einleitend gibt er einen Überblick über die Genese des neuen, ideologisch motivierten Neusprechs, die den westlichen Gesellschaften, insbesondere den deutschsprachigen, von streitbaren Vertreterinnen des radikalen Feminismus aufgezwungen wurde. Am Beispiel der Thesen namhafter Vertreterinnen dieser Richtung zeigt der Autor, welche «Befunde» zum angeblichen «Patriarchalismus» in der deutschen Sprache führten. Er weist darauf hin, dass weder die dort zitierten angeblich empirischen Untersuchungen noch die sprachwissenschaftlichen Erwägungen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben können. Hinter der Bewegung steht der Generalverdacht an die Standardsprache, sie folge in unseren westlichen Gesellschaften, insbesondere der deutschen, sexistischen Vorstellungen. Entsprechend dieser Zwangsjacke im Kopf sind die Resultate: Gerade Deutsch sei eine typische «Männersprache». Der Autor stellt dieser aufgeregten Diagnose fachlich begründete Befunde der Sprachwissenschaft und Grammatik entgegen und zeigt mit einer Vielfalt einleuchtender Beispiele, wohin diese «Sprachreinigungs-Übung», die heute weite Teile der professionell Schreibenden und Sprechenden erfasst hat, uns führt: Zur Verhunzung und Verarmung der deutschen Sprache und zum Sprachzwang, der nicht in der Sache begründbar ist, sondern in der streitbaren Ideologie ihrer Verfechterinnen.

[1] *Projekte Verlag, 2017, ISBN 978-3-945971-02-4*

«Wenn ich nur dieses eine Buch geschrieben hätte …»

Zur Aufgabe und Verantwortung von Kinder- und Jugendbuchautoren

von Eliane Perret

Viele Eltern würden ihren Kindern gerne Freude am Lesen vermitteln, denn es ist nicht nur eine wichtige Fertigkeit, um in der Schule erfolgreich zu sein, sondern eine Kulturtechnik, die uns mit unseren Mitmenschen und der Welt verbindet. Sie erfordert vom Lesenden eine gefühlsmässige Aktivität, sich auf eine Geschichte einzulassen, sie gedanklich zu erfassen und in einen inneren Dialog mit den Protagonisten eines Buches zu treten. Eine gedankliche und gefühlsmässige Aufgabe, die ihresgleichen sucht! Gerade in den letzten Monaten, als viele Familien coronabedingt mehr Zeit zu Hause verbrachten, wurde manchen Eltern bewusst, dass Lesen eine gute Alternative zu Bildschirmmedien wäre. Sie realisierten, wie viele Stunden ihre Kinder und Jugendlichen mit Gamen und Chatten verbrachten, und viele befürchteten zu Recht eine damit verbundene Abhängigkeit. Doch mit welchem Lesestoff könnte hier ein attraktives Gegengewicht geschaffen werden?

Der Gang durch die Buchhandlungen und auch Bibliotheken könnte einen oft ratlos, verärgert oder gar fassungslos werden lassen, wie der Beitrag von *Nicole Duprat* aus Frankreich zeigt. Vielleicht hilft es da, an grundlegende Gedanken, aber auch eigene Erinnerungen ans Lesen anzuknüpfen.

Die Menschen in ihrer Welt kennenlernen

Als ich an Weihnachten meines ersten Schuljahres ein Buch aus dem Geschenkpapier wikkelte, war meine Freude gross, und ich machte mich in den folgenden Tagen gleich ans Lesen der «Bunten Geschichten», wie das Buch hiess. Seither sind Bücher meine treuen Begleiter und haben meinen Blick in die Welt erweitert. Waren es zuerst Märchen, verlangte ich schon bald einmal nach «richtigen» Geschichten, womit ich solche meinte, die einen Realitätsbezug hatten. Das konnten Tiergeschichten sein, aber auch Bücher, die den Lebensalltag und die Abenteuer von Kindern und deren Familien beschreiben. Durch «Hansi und Ume» von *Elsa Muschg* erfuhr ich einiges über das Leben und die Kultur in Japan und war fasziniert von Zimmerwänden aus Papier, auf die man jedoch nicht schreiben und in die man auch kein Loch bohren durfte. Als ich «Heidi» von *Johanna Spyri* verschlang, erlebte ich, wie aus einem verbitterten alten Mann ein warmherziger Grossvater wurde und wie die Beziehung zwischen seiner Enkelin und ihm für beide bereichernde Aufgaben bereithielt. Ich vertiefte mich in die Lebensgeschichte von «Anneli» aus dem Tösstal, die von *Olga Meyer* in Anlehnung an die Biographie ihrer Mutter verfasst und ein Kinderbuchklassiker wurde. Sie brachte mir einen ersten Einblick in die Industriegeschichte des Zürcher Oberlandes. Die Ideen der «Roten Zora» von *Kurt Held* begleiteten mich auf unseren Spielnachmittagen im Wald. Als mir meine Tante «Sadako will leben» von *Karl Bruckner* schenkte, fieberte ich nicht nur mit, ob das Mädchen nach dem Falten von tausend Kranichen gesund sein würde, sondern ich erfuhr auch vieles über die verheerenden Folgen des Atombombenabwurfs über Hiroshima. Ich könnte noch viele Bücher aufzählen, mit denen ich Stunden verbrachte und die mich zum Lachen und zum Weinen brachten.

Auch heute noch ist es mir ein Anliegen, Bücher aufzustöbern, die Kindern und Jugendlichen das gleiche Erlebnis wie mir ermöglichen würden. Ich würde es ihnen von Herzen gönnen! Und es gibt sie noch, die Autoren und Autorinnen, die sich Olga Meyer anschliessen und von sich sagen können: «Ich schrieb aus einem inneren Muss heraus, weil ich nicht anders konnte. […] Ich schrieb aus Freude, einzig in der Absicht, das Kinderherz zu erfassen, aus seiner Welt zu schöpfen und ihm auf dem Weg des Guten vorwärts zu helfen.»[1]

Verwirren und ideologisieren

Leider findet man beim Gang durch die Kinder- und Jugendbuchabteilungen auch viel anderes. Politisch aufgeladene und oft ideologisierte Themen wie der Klimawandel, Corona und die Sterbehilfe finden den Weg in Bilderbücher. «Kinderherzen sind leicht zu beeinflussen», schrieb Olga Meyer. Und wer gibt das Recht, diesen Fakt für eigennützige Zwecke zu missbrauchen? Daneben liegen dicke Wälzer, in denen kleine Jungen eine magische Welt beherrschen. Sie werden – medial inszeniert – verbreitet, finden eine breite Leserschaft und werden in unendlichen Varianten nachgeahmt. Auch hier: Was soll der Sinn sein, die nachfolgende Generation mit unwirklichen, konstruierten und oft konfus anmutenden Phantasien zu verwirren, abgesehen von finanziellen Interessen? Und das in einer Entwicklungsphase, in der sie sich naturgemäss gerne den «echten» Problemen zuwendet und darüber diskutieren würde? Es ist zu hoffen, dass die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen «spürt, ob ein Buch ‹gemacht› oder ob es innerlich wahr, ob es echt ist. Sie spüren die Wärme, die ihnen entgegenkommt, die Liebe, mit der die Gestalten erfasst sind», wie Olga Meyer schrieb.[2]

Einer Ethik verpflichtet

Ein Kinder- oder Jugendbuch zu schreiben, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie fordert die Autoren, ihre mitmenschliche und staatsbürgerliche Verantwortung wahrzunehmen. Da haben Ideologien und subtile Manipulationsmechanismen nichts zu suchen. Jeder Schreibende muss sich ehrlich fragen, ob er einer Ethik verpflichtet ist, wie sie Olga Meyer nach der Begegnung mit einer ihrer Leserinnen reflektierte:

«Und wenn ich im Leben nur dieses eine Werk hätte schaffen dürfen, das, was es diesem Mädchen hat geben können, wäre mir Beweis genug gewesen, dass Bücher richtungsgebend – im Guten und Bösen – in das Leben junger Menschen eingreifen, dass sie eine Aufgabe zu erfüllen haben und dass der Autor sich dessen bewusst sein, ich möchte sagen, dass er am gesunden seelischen Gedeihen des jungen Menschen Anteil nehmen, dass er ihn liebhaben muss.»[3] •

Gute Bücher können uns Einblick in die Erfahrungen, die Gefühlswelt und das Denken anderer Menschen, in andere Zeiten und Lebensumstände vermitteln, den Blick auf die Welt erweitern – immer wieder haben auch bildende Künstler die Bedeutung und Faszination des Lesens dargestellt. Hier das Bild eines lesenden Mädchens von Hans Erni. (Bild zvg)

[1] Meyer, Olga. *Olga Meyer erzählt aus ihrem Leben.* Zürich 1968, S. 259

[2] a.a.O. S. 260

[3] a.a.O. S. 275

Wenn Ideologie dominiert statt Respekt vor der Gefühlswelt des Kindes

Warum gewisse Themen nicht in Kinderbücher gehören

von Nicole Duprat, Frankreich

An der Genfer Buchmesse 2019 wurde das Kinderbuch «Paulette» im Rahmen eines Vortrags unter dem Titel «Warum ist Euthanasie in Kinderbüchern ein Tabu?» vorgestellt. Im Anschluss daran war keine Diskussion möglich.

Unter diesem recht aggressiven Titel erzählen die Autoren eine scheinbar «unschuldige» Geschichte mit gelungenen Illustrationen, die es dem Kind ermöglichen, sich mit den Figuren zu identifizieren. Ein Huhn, das an einer schweren Krankheit leidet, wünscht sich, das Leiden zu beenden. Es beschliesst daher, sein Lebensende selbst in die Hand zu nehmen, indem es als letzte Lösung die Euthanasie in Anspruch nimmt: eine Euthanasie unter dem wachsamen Auge einer Hühnerfamilie auf dem Bauernhof, die «uns berühren» und das Kind auf den Abschied eines geliebten Menschen vorbereiten soll.

Die Protagonisten im Kinderbuch versuchen, uns von der Richtigkeit ihres Ansatzes zu überzeugen (Euthanasie ist in Belgien legal), aber wir können uns fragen, was das eigentliche Tabu ist. Ist es Euthanasie oder die Weigerung, das Leben bis zum Ende zu lieben, oder die Tatsache zu akzeptieren, dass es sogar eine Freude am Sterben für jemanden gibt, der sein Leben gut gelebt hat?

Ausserdem ist es in der Realität mehr als ausgefallen, wenn Ärzte das Leben eines Menschen durch ein tödliches Mittel vor dem Kind und seiner Familie auslöschen. Es ist nicht notwendig, dem Kind und seiner Familie eine von Morbidität geprägte Praxis zuzumuten. Dass das Klima einer solchen Situation Angst auslöst, wird im Buch verschwiegen.

Wie gefühlslos ist es, das Kind als einen Erwachsenen im Kleinen zu nehmen und es zu Verhaltensweisen zu konditionieren, für die es weder die psychische Reife noch die Elemente des Verständnisses von Leben und Tod hat! Dem Kind die Bedeutung der Euthanasie als endgültige Lösung des Daseins aufzuzwingen, ist weder Respekt vor der Welt des Kindes noch psychologisches Einfühlungsvermögen für seine persönliche Empfindsamkeit!

Wie unehrlich ist es, die Euthanasie anzupreisen, ohne die mitmenschliche Begleitung am Ende des Lebens zu erwähnen, die in Ruhe erfolgen sollte! Krankheit ist kein Skandal, und Alter ist kein Verfall. Das Kind kann Krankheit und Leiden nachvollziehen, wenn es mit behinderten Kindern in Kontakt kommt oder selbst eine weniger schwere Krankheit erlebt hat.

Wie unmenschlich ist es, das Fühlen und Denken des Kindes zu manipulieren, um ihm das «Bild» eines selbstbestimmten Todes einzuprägen, anstatt zu ihm von der Zärtlichkeit, vom Band der Liebe zu sprechen, das sein geliebter Mensch für sein natürliches Gehen so dringend braucht! Das Leben bis zum Ende zu lieben, trotz der Übel des alternden Körpers und des allmählich eintretenden körperlichen Verfalls, ist das beste Vorbild, das wir unseren Kindern geben können, indem wir unsere Lieben bei ihrem letzten Abschied begleiten.

Die Liebe ist stärker als der Tod. Die Erinnerung an einen geliebten Menschen ist eine Blume, die nicht verblüht.

«Du bist nicht mehr da, wo du warst, aber du bist überall, wo ich bin.» (*Victor Hugo*) •

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Doktrinäres ‹Kauderwelsch› …»
Fortsetzung von Seite 7

Eine Frankfurter Journalistin vertrat kürzlich den in den genannten Kreisen beliebten Standpunkt, man könne doch mit dem gleichen Recht und mit der gleichen Konsequenz einfach festlegen, dass von nun an nicht mehr das generische Maskulinum angewendet werde, sondern das generische Femininum. Also: Wenn nicht ausdrücklich gesagt, meine man (frau!) mit dem Ausdruck «die Schülerinnen» eben Angehörige beider Geschlechter.[3] Dann probieren Sie doch einmal, wie Sie so mit folgendem Satz zurechtkommen wollen: «Damals gab es für alle Schüler noch zwei Treppenaufgänge, den einen für Schüler, den anderen für Schülerinnen.» Er würde dann heissen: Damals gab es für alle Schülerinnen noch zwei Treppenaufgänge, den einen für Schüler, den anderen für Schülerinnen. Die Wahrheit und die Vernunft liegen auch hier übrigens nicht im einzelnen Begriff und im einzelnen Satz, auch nicht in einer wie immer begründeten «Regel» und Neu-Reglementierung der Sprache (sie braucht das nicht), sondern im Sprachzusammenhang, im Kontext. Der reale oder gemeinte Zusammenhang macht meistens sonnenklar, wie ein Begriff zu verstehen ist.

Die Theoretikerinnen der «gerechten» Gendersprache (ist sie gerecht?) wollen durch immer kompliziertere Sprachregeln eine neue Gesinnung durchsetzen. Sie denken dabei nicht nur an die Frauen, sondern auch an die wie Pilze aus dem Boden schiessenden farbigen «Geschlechter» der LGBTQ-Szene. Was da an Sternchen, Kreuzen und anderen geistverwirrenden Sprachverunstaltungen noch auf uns zukommt, kann man ahnen. Die angeblich angepeilte «gerechte» Sprache wird sich mittels dieser Sprachdiktatur nicht durchsetzen. Hingegen mit einer Sprache, die überall und immer die Verständigung der Menschen untereinander sucht. gerade auch bei unterschiedlichen Vorstellungen.

Das ist nur möglich, wenn sich alle um Verständnis bemühen. Die Gendersprache tut das nicht, sondern spaltet die Gesellschaft in belehrbare Männer, die beflissen das feministisch aufoktroyierte Ritual bedienen, und die unbelehrbaren, denen wohl weiterhin finstere Absichten unterstellt werden und die sprachlich umerzogen gehören. Das ist schade, unnötig, lästig und auch schädlich, wie alle aus der Ablehnung geborenen negativen Unterstellungen. Dass hier massgebende Kreise in der öffentlichen Verwaltung, in Parteien und Betrieben, in den Medien, in den Kirchen, sogar beim *Duden* so anpasserisch mit-«dudeln», ist ein weiteres Zeichen dafür, wie weit es Ideologinnen mit ihrer Sprachzensur, einer neuen Form des ideologischen Klassenkampfs, inzwischen schon gebracht haben. Da hilft wohl nur ein Stück ziviler Ungehorsam: den arrogant durchgesetzten Neusprech weder beachten noch befolgen. •

[1] Das Beispiel stammt von der Homepage der Schweiz. Eidgenossenschaft, Bundesamt für Gesundheit, Informationsblatt Coronavirus, *www.ba.-coronavirus.ch/impfung*, 22.12.2020

[2] Vgl. Kubelik, Tomas. *Genug gegendert! Eine Kritik der feministischen Sprache* (Projekte Verlag), EU o.J., ISBN 978-3-94971-02-4, S. 46f.

[3] Schupp, Antje. «Gendersternchen und Co: Brauchen wir eine andere Sprache?» in: *Ideon.de* vom 26.10.2020